

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 2. Juli 1909.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1981.

Der Kampf um die Steuerquellen.

London, 29. Juni. (Fig. Ver.) Die englische Finanzvorlage befindet sich seit acht Tagen in Kommissionsberatung, die sich zu einem heftigen und zum Teile lehrreichen Kampfe zwischen den verschiedenen Interessengruppen gestaltet. Die Kommissionsberatung des Etats, wie überhaupt aller bedeutenden Vorlagen, wird nicht, — wie in Deutschland — von einem kleinen Ausschuss der Fraktionen vorgenommen, sondern vom ganzen Hause. Diesmal nimmt aber auch das ganze Land am Kampfe um die Steuerquellen teil. Die Staatsfinanzen stehen gegenwärtig im Mittelpunkt des öffentlichen Lebens und sie können unter Umständen zu einer Auflösung des Parlaments und zu Neuwahlen führen. Im allgemeinen darf man sagen, daß sich die Nation in dieser Frage in zwei große Interessengruppen teilt: Die Grundherren und die Großfinanz sind gegen, das Kleinbürgertum und die Arbeiter sind für die Finanzvorlage.

Nach dem gegenwärtigen Tempo der Beratungen zu urteilen, dürfte eine Entscheidung über den Etat nicht vor dem Herbst zu erwarten sein. Und das auch nur, soweit das Unterhaus in Frage kommt. Dann aber wird im Oberhause das Spiel beginnen, von dem man nicht sagen kann, wie es enden wird.

Gegenwärtig berät das Unterhaus die neuen Grundsteuern, die aus folgenden Quellen fließen sollen:

1. Bodenzunahme: 20 Proz. Steuer, die bei gewissen Gelegenheiten zu entrichten ist. Der veranschlagte Ertrag für das Jahr 1909/10 ist 50 000 Pfund Sterling (eine Million Mark).
2. Eine Steuer von 10 Proz. bei der Wiederübernahme von Grund und Boden durch den Grundherrn nach Beendigung des Pachtvertrages (Reversion duty). Ertrag: 100 000 Pfund Sterling (2 Millionen Mark).
3. Eine Steuer von 20 Pfennig auf 100 Mark des Wertes unbewohnter Ländereien und brachliegender Mineralgruben. Ertrag: 350 000 Pfund Sterling (7 Millionen Mark).

Insgesamt belaufen sich diese Grundsteuern auf 500 000 Pfund Sterling (10 Millionen Mark). Es ist eine geringe Summe; nichtsdestoweniger wird um sie hart und heftig gestritten, da die neuen Steuern wichtige Interessen und Fragen berühren. Gegen die Wertzuwachssteuer wird geltend gemacht, daß ihre Beschränkung auf Grund und Boden sinnlos sei. Die Grundbesitzer sollen scharf herangezogen werden, wenn ihr Besitz infolge der allgemeinen Kulturentwicklung an Wert zugenommen hat. Verfolgt man diesen Gedankengang zu seiner logischen Konsequenz, so müßten doch auch Geschäftsteile, Mitglieder der gelehrten Berufe und ähnliche Personen, die große Profite und hohe Einnahmen beziehen, Wertzuwachssteuer zahlen, da ein Teil ihrer Erfolge ohne Zweifel der allgemeinen Entwicklung des Wirtschaftens zu verdanken ist. Denn sie alle leben in einem Milieu, das sie nicht geschaffen haben, und arbeiten mit Methoden und Mitteln, die ihnen teils von den vergangenen Generationen, teils vom allgemeinen gesellschaftlichen Leben zur Verfügung gestellt wurden. Wenn zum Beispiel ein moderner Dramatiker größere Einnahmen bezieht, als sie Shakespeare je bezogen, so ist dieser Wertzuwachs seiner Dramen sicherlich dem allgemeinen Kulturleben und nicht den höheren persönlichen Leistungen zuzuschreiben. Und ähnliches gilt von modernen Finanzgrößen, Industrieherrn und sonstigen Geschäftsleuten, die infolge einer ganzen Reihe von kulturellen Umständen ihre Erfolge erzielen konnten. Man sieht aus diesen Argumenten, wie tief die Diskussion über die Wertzuwachssteuer geht: sie führte zur Ansicht, die allerdings von modernen Sozialisten stets behauptet wurde, daß keine Person, so groß sie auch sein mag, aus sich allein große Leistungen hervorbringen kann, sondern daß sie auf den Schultern der Vergangenheit steht und mit dem von der ganzen Gesellschaft geschaffenen Fonds von geistigen und materiellen Schätzen wirtschaftet, also der ganzen Gesellschaft den Erfolg verdankt. Nimmt man das Prinzip der Wertzuwachssteuer an, so kann man beim Grund und Boden nicht stehen bleiben. Unvermeidlich Wertzuwachs gibt es in allen Zweigen der menschlichen Tätigkeit. Es ist ferner klar, daß dieses Steuerprinzip sich mit dem Individualismus, mit dem Privateigentumsfanatismus nicht vereinbaren läßt. In jede menschliche Leistung eine Verbindung von individuellen und sozialen Faktoren, so verliert die Einzelperson die souveräne Macht über ihr Erzeugnis und muß es mit der Gesamtgesellschaft teilen. Die Sozialfraktionäre leisten daher dieser Steuer sehr heftigen Widerstand.

Die Steuer gegen unbewohnt liegende Ländereien und Mineralgruben ist gegen die Bodenspekulation gerichtet und verfolgt den Zweck, den realen Bodenhandel zu fördern. Selbstredend sind die Bodenspekulanten gegen diese Steuer.

Abgesehen von der erwähnten Argumentation gegen die Grundsteuer erklären ihre Gegner, es sei unangehörig, neue Steuergrundlagen einzuführen, ohne sie in besonderen Vorlagen dem Parlament zu unterbreiten; die Regierung hänge sie dem Etat an, so daß sie mit ganz anderen Gegenständen und Zwecken verknüpft werden. Diesem Vorgehen liegt folgender Gedanke zugrunde: Die Regierung weiß, daß die Lords gegen die Grundsteuer sind. Die Lords können aber einzelne

Vorlagen ändern und verwerfen, aber sie sind nicht berechtigt, den Etat zu ändern. Allerdings scheinen sie das Recht zu haben, den ganzen Etat zu verwerfen, aber erstens ist dieses Recht nicht so sicher, zweitens ist eine Verwerfung des Etats ein sehr verantwortungsvoller Schritt, der nicht so leicht unternommen wird. Die Regierung hat also die Grundsteuervorlagen dem Etat angehängt, um den Lords die Möglichkeit zu nehmen, diese Steuern zu verwerfen. Deshalb die Tränen der Reaktion!

Was die Grundherren und die Finanzleute vom Etat denken, haben Lord Rosebery und Lord Rothschild mit aller Deutlichkeit erklärt. In einem Eingangsbrief an die Presse schrieb Rosebery: „Das ist kein Etat, sondern eine Revolution: eine soziale und politische Revolution erster Größe. Und das ist offenbar auch die Absicht der Regierung gewesen.“

Die konservative Presse nahm diese Parole auf und wird gar nicht müde, über sie zu leiertiteln.

Dann kam Lord Rothschild, der als Vorsitzender einer öffentlichen Versammlung der City-Magnaten in einer längeren Rede den Etat einer scharfen Kritik unterzog und sagte:

„Meines Erachtens ist das ganze Prinzip der Finanzvorlage schlecht. Herr Lloyd George und die Minister wollen das Prinzip des Sozialismus und Kollektivismus begründen. Und wenn sie bei der Behandlung des Grund und Bodens Erfolg haben, warum sollen sie andere Eigentumsformen schonen? ... Wenn wir uns Mühe geben, verneinlich zu sprechen, so werden unsere Stimmen im Parlamente nicht unehört bleiben.“

Die Bodenreformer veranstalteten hierauf eine Gegenkundgebung, bei der der Ministerpräsident Asquith und Finanzminister Lloyd George sprachen. Letzterer nahm sich Lord Rothschild vor und behandelte ihn wie einen Autokraten Englands.

Die Kritik gegen die Grundsteuern hatte indes den Erfolg, daß Lloyd George erklärte, die Regierung sei bereit, erstens die Erträge der Grundsteuer zu teilen und eine Hälfte dem Staatsfiskus, die andere den Gemeinden zukommen zu lassen; zweitens, Ackerbauern möglichst von den neuen Grundsteuern zu verschonen.

Zur Krise.

Es wird jetzt eifrig an dem Kompromiß gearbeitet. Heute vormittag fand zwischen Mitgliedern der Regierung und Abgeordneten des neuen Blocks eine Konferenz statt, die bis 12 Uhr dauerte. Die Herren v. Bethmann-Hollweg, v. Rheinbaben, Schow und Delbrück sollen in dieser Konferenz die Regierung vertreten haben; von Parlamentariern sollen unter anderem Freiherr v. Nitschhofen (L.), Müller-Fulda (Z.), Graf Westarp (L.) und v. Gamp (Rp.) daran teilgenommen haben.

Die armen Liberalen waren natürlich von der Teilnahme ausgeschlossen. Es ist noch gar nicht so lange her, daß Herr v. Bajer erklärte, die Liberalen hätten keine Lust, sich anschließen zu lassen, und deshalb stimmten sie beim Vereinsgesetz für das Ausnahmestimmrecht gegen die Polen. Heute sind sie gründlich ausgeschaltet, die Polen haben ihre Revanche genommen und es nützt den Liberalen nichts, daß sie unaufhörlich versichern, der Führer, mit dem sie die Konservativen aus der Blockgemeinschaft befördert haben, stelle eigentlich einen großen Sieg des Liberalismus dar. Denn Siege müssen erlitten werden und zu wirklichen Kampf sind die Liberalen ebenfowenig entschlossen wie die Regierung. Sonst würden sie nicht so ruhig zusehen, wie der schwarze Block sich anschickt, die Steuern mit größter Eile durchzusetzen. Sie würden Widerstand leisten und alles daransetzen, die Regierung zu zwingen, von dem schlechten Reichstag an einen besseren zu appellieren.

Ueber das Ergebnis der Verhandlungen der Regierungsvertreter mit den wirklichen Machthabern ist nichts Sicheres bekannt. Nach dem „Berl. Tagebl.“ habe die Konferenz zu keinem Resultat geführt. Die Verhandlungen über die Besitzsteuern, die an die Stelle der Köttersteuer, der Wästenumsatzsteuer und des Kohlenausfuhrzoll treten sollen, seien einstweilen auf den „toten Strang“ geraten. In parlamentarischen Kreisen habe man auch vielfach die Ansicht, daß die Abstimmung über die Tabaksteuer leicht zu einer Ablehnung dieser Steuer führen kann, und daß sich Fürst Bülow dann doch zur Auflösung entschließen müßte.

Wir meinen, daß solche Hoffnungen Illusionen sind, die schädlich wirken, weil sie die Tatsache verhüllen, daß eine entscheidende Wendung, wie sie die Reichstagsauflösung bedeuten würde, nicht von der gebrochenen Energie der fahrerlosen Regierung zu erwarten ist, sondern einzig und allein nur unter dem Zwange der Not eintreten könnte. Läßt man den schwarzen Block sein unheilvolles Werk vollenden, ohne Widerstand zu leisten, so kommen die Steuererhöhungen zustande. Deshalb sind die Liberalen mit verantwortlich, wenn sie im Parlament der Steuerreaktion freie Bahn lassen. Freilich, es gibt noch immer naive Gemüter, die sich nicht entschließen können, jede Hoffnung auf die Energie des Fürsten Bülow fahren zu lassen. So erzählt die „Vossische Zeitung“:

„Die und da ist man daher immer noch versucht, an einen Feldzugplan gegen den schwarzen Block zu glauben. Danach würde der Reichskanzler im Einvernehmen mit den Verbündeten Regierungen nehmen, was er bekommen kann; die als unannehmbar bezeichneten Steuern würden fallen, die anderen Gebot werden und dann — vielleicht nach der Vertagung bis zum Herbst — eine neue Erbschaftsteuer eingebracht und nach deren Ablehnung der Reichstag aufgelöst werden.“

Erst nach den Neuwahlen werde für den Fürsten Bülow, wenn dann die Erbschaftsteuer angenommen oder endgültig gescheitert ist, der Zeitpunkt kommen, in Schönheit zu sterben. Durch diesen Kampf werde er sich am ehesten einen guten Abgang sichern.“

Das Blatt meint selbst, es seien gute Freunde des Fürsten Bülow, die eine solche Wendung vielleicht mehr für wünschenswert als wahrscheinlich halten. Wir möchten aber meinen, daß durch solche Stimmungsmache nur die Gefahr vergrößert wird, daß die Finanzreform ausschließlich mit indirekten Steuern gemacht werde, was ja vielleicht für die Börse erträglich wäre, sicher aber nicht für die breiten Massen des arbeitenden Volkes. Gerade deshalb aber ist es so gefährlich, daß im Reichstage die indirekten Steuerentwürfe so rasch durchberaten werden sollen, bevor noch irgendeine Klarheit über das Ganze der Reform gewonnen ist. Gerade die Liberalen haben immer betont, und betonen es jetzt erst recht, daß die Finanzreform für sie ein einheitliches Ganzes bildet. Dann müßten sie aber zum mindesten auch verlangen, daß die Beratung über die einzelnen Teile so lange ausgesetzt werde, bis die neuen Kompromißvorschläge bekannt sind.

Was soll man aber erst dazu sagen, daß die Liberalen im Reichstage selbst nach dem schwarzen Block Helfersdienste leisten? Die Beschuldigungen, die die Offiziosen des Kanzlers und des Bundesrates gegeneinander erhoben haben, haben in der Öffentlichkeit große Heiterkeit erregt. Es war auch gar zu komisch, wie die beiderseitigen Offiziosen einmal den Bundesrat, das andere Mal den Kanzler für den schmählischen Rotau der Regierung vor den Agrariern verantwortlich machten. Nachdem die Herrschaften eingesehen haben, daß das „Sichschlagen“ für beide Teile zu unangenehme Folgen habe, haben sie beschlossen, sich wieder zu vertragen und so wurden denn besagte Redungen feierlichst dementiert. Da aber die „Nordd. Allg. Ztg.“ jeden Kredit verloren hat, so mußte für dieses Dementi eine besonders feierliche Form gefunden werden. Und so erhob sich plötzlich mitten in der Beratung der Brausteuervorlage der Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg zu einer Erklärung außerhalb der Tagesordnung und versicherte mit größtem Ernst, daß Bundesrat und Reichskanzler völlig einig sind. Dieser Erklärung folgte für mich das Gelächter bei den Sozialdemokraten, die richtige Würdigung dieser Konstatierung, daß Kanzler und Bundesrat in gleicher Weise und zu gleicher Zeit umgefallen sind.

Dann aber folgte ein Nachspiel vor großem politischen Interesse. In gewohnter Geistesgegenwart suchte Singer diese Erklärungen zum Unlach zu nehmen, dem Deutschen Reichstag endlich die Möglichkeit zu verschaffen, zur politischen Situation Stellung zu nehmen. Ist es doch geradezu ein beschämendes Schauspiel, wie es in keinem anderen Parlament vorkommen könnte, daß der Deutsche Reichstag zu dem völligen Mangel der politischen Verhältnisse bisher überhaupt noch kein Wort sagen durfte. Er berät und erledigt mit größter Schnelligkeit nach dem Diktat der schwarzen Drahtzieher die Steuerentwürfe. Das ihm nur mehr die Karikatur einer Regierung gegenübersteht, das darf dieses armeneliche Parlament gar nicht kümmern. Nun ist es ja begreiflich, daß der schwarze Block alles daran setzt, ein rasches Ende zu machen. Da er selbst regiert, kümmert ihn die Lage der Scheinregierung sehr wenig. Was soll man aber zu dieser liberalen Opposition sagen, die dem schwarzen Block dabei half, den Antrag Singers, in der nächsten Sitzung die Debatte über die Erklärung der Regierung zu eröffnen, niederzukümmern! Diese liberalen Helden, deren Presse das Maul so voll nimmt, getrauen sich nicht einmal eine politische Debatte zu führen, die für die Klärung unserer politischen Verhältnisse so überaus wichtig wäre. Sie wagen es nicht, der schwarzen Majorität bei der Durchpeitschung ihrer Steuern Hindernisse zu bereiten. Noch mehr! Sie leisten ihr Vorschub, sie begünstigen die Durchpeitschung und helfen dem schwarzen Block gegen die sozialdemokratische Opposition. Man sieht, diese liberale Opposition verdient keine andere Behandlung, als sie ihr die Konservativen zuteil werden lassen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 1. Juli 1909.

Brausteuerverhöhung.

Aus dem Reichstag, 1. Juli. Die Steuermehrheit ließ heute ihrem Eifer, der Regierung Konsumsteuern zu bewilligen, erneut die Zügel schießen. Es handelte sich darum, durch Erhöhung der Biersteuer etwa 100 Millionen Mark mehr aufzubringen. Das Bier muß mehr bluten, das ist bei den herrschenden Klassen ein beliebtes Stichwort bei jeder Steuererhöhung von jeher gewesen. Ist Bier doch ein Verbrauchsgegenstand, der die unbemittelten Volksklassen unverhältnismäßig scharfer trifft als die Wohlhabenden. Der Steuerblock hielt dem auch bei der Abstimmung durchweg zusammen. Nur betreffs der Staffellung gab es im Zentrum eine kleine Differenz, weil ein Teil der Bayern aus Verpatriotismus die Sache nicht mitmachen wollten. Für sie nahmen Dr. Heim und der „Bierbrauer und Oekonom“ Steindl das Wort. Der wackerer Steindl drohte mit „Revolution“, wenn die Bierpreise erhöht werden sollten: da würde „mit Mahkrügen gesprochen“ werden. Gemosse Zubeil wies ausführlich nach, wie gerade die Gastwirte, die sowieso die Stiefkinder unserer

Die Inflation-Gebühr

beträgt für die sechsgelbte Kolonelle über deren Raum 20 Pf., für politische und gewerkschaftliche Vereine und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf., „Kleine Anzeigen“, das erste (stille) gebuchte Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf., Stellengröße und Schlußzeilen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf., Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Infrate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse „Sozialdemokrat Berlin“.

Steuergesetzgebung seien, durch die Steuererhöhung schwer geschädigt würden. Auch die Genossen Südekum und Stüdtgen kämpften gegen die Veranschlagung der breiten Volksmassen durch diese Maßregel an. Alles vergebens! Mit strahlendem Anlicht konnten die Staatssekretäre die Annahme der Steuererhöhung registrieren.

Die politische Situation wurde aber scharfer noch durch ein eigenartiges Zwischenpiel beleuchtet. Plötzlich ergriff Herr v. Bethmann-Hollweg außer halb der Tagesordnung zu einer „Erklärung“ das Wort. Unter großer Heiterkeit verlas er eine gemeinschaftliche Erklärung des Bundesrats, in der die unbedingt notwendige Uebereinstimmung mit dem Reichskanzler in seiner ganzen Steuerpolitik ausgesprochen wird. Im Anschluß daran verlas der bayerische Bundesratsbevollmächtigte Graf Lerchenfeld noch eine persönliche Vertrauenskundgebung für den Reichskanzler. Genosse Singer kennzeichnet treffend diesen Mißbrauch der Geschäftsordnung, durch den die Herren sich einer sofortigen Beantwortung aus dem Hause entziehen.

Bei Festsetzung der Tagesordnung beantragte dann Singer, diese bundesrätliche Kundgebung auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu setzen, da dem Reichstag die Selbstachtung dies gebiete. Natürlich verhallte dieser Antrag bei den bürgerlichen Parteien. Nach längerer erregter Debatte wurde der Antrag gegen die Sozialdemokraten und einzelne Freisinnige abgelehnt! —

Gegen die Verschleuderung des Getreides ins Ausland.

Die sozialdemokratische Fraktion hat im Reichstag zum Finanzgesetz den Antrag auf Aufhebung der Einfuhrzölle für Getreide eingebracht. Für den Fall der Ablehnung beantragt die Fraktion die Wiedereinführung des Identitätsnachweises.

Die Dividendensteuer.

Die der „Tag“ meldet, liegt in der vorigen Woche dem Abgeordneten Wasser in seiner Reichstagsrede ausdrücklich angelegentlich auf Einführung einer Dividendensteuer von 2 Proz. bis zur Stunde nicht vor; es sind neuerdings auch in der nationalliberalen Fraktion gewichtige Bedenken über die Zweckmäßigkeit eines solchen Vorgehens entstanden. Es ist daher wahrscheinlich, daß der Antrag überhaupt nicht eingebracht werden wird, und zwar mit der Begründung, daß sich durch den inzwischen bekannt gewordenen nahen Rücktritt des Fürsten v. Bismarck die Lage wieder vollständig verändert habe. —

Steuerdefraudanten in Stadt und Land.

Die „Konserbative Korrespondenz“ nimmt Reklame für die liberalen Enthaltungen über die Steuerhinterziehungen der Großgrundbesitzer. Sie dreht den Spiegel um und führt einige Fälle an, in denen Industrielle als Steuerdefraudanten festgesetzt wurden. Sie erzählt also:

„Es müßten im Mai d. J. die Erben eines bayerischen Kommerzienrats, der Besitzer einer Kristallglasfabrik war, an Staat und Gemeinde 131 000 Mark Steuern nachzahlen. In Baden sind im April 1900 in einer einzigen Stadt gleich drei Fälle bekannt geworden und zwar hatte ein Whinterierfabrikant, der sogar mehrere städtische Ehrenämter bekleidete, bisher 1 Million Mark an Wertpapieren nicht versteuert, ein Wolllwarenfabrikant mußte 180 000 Mark Steuern nachzahlen und bei einem anderen Fabrikanten wurden ebenfalls bedeutende Steuerdefraudationen entdeckt. Im April 1900 kommt es auch zu einem Verfahren gegen einen Bankier Dypenheimer in Detmold, der in Zukunft 20 000 Mark mehr an Steuern zahlen muß als bisher.“

Durch diese Beispiele wird natürlich nichts gegen die Wahrheit der Angaben Delbrücks und zahlreicher anderer über die gewohnheits- und gewerbsmäßige Steuerhinterziehung der Junker bewiesen.

Sehr originell ist übrigens die Fortsetzung der Beweisführung, die die „Konf. Korrespondenz“ bringt. Sie gibt nämlich weiter an:

„In Preußen ferner sind vom 1. Oktober 1907 bis Ende September 1908 im ganzen 1495 Untersuchungen wegen Zuwiderhandlungen gegen das Einkommensteuer- und das Ergänzungsteuergesetz anhängig gewesen (gegen 1471 im Vorjahre). In 1048 von diesen 1495 Fällen handelte es sich um Zuwiderhandlungen gegen das Einkommensteuergesetz.“

Was die Höhe der Strafen betrifft, so betrug in den im Wege der vorläufigen Strafverfügungen durch die Regierungen anhängig gewordenen Untersuchungen (1241) die insgesamt festgesetzte Strafsomme 258 479 M. (im Vorjahre 1225 Fälle mit 295 401 M.). Bei den sogleich zur gerichtlichen Entscheidung abgegebenen und in dem angegebenen Zeitraum zur rechtskräftigen Entscheidung gelangten 21 Fällen betrug die Summe der erlassenen Geldstrafen 64 490 M.

Im Anschluß an das Strafverfahren sind an Nachsteuern festgesetzt worden zur Einkommensteuer 282, zur Ergänzungsteuer 41.

Die Gesamtsumme der festgesetzten (bzw. rechtskräftig erlassenen) Strafen und der im Anschluß an das Strafverfahren festgesetzten Nachsteuern beläuft sich auf 559 100 Mark (im Vorjahre 545 800 M.).

Ergibt sich, daß ein verstorbenen Steuerpflichtiger Steuern vorantaltend hatte, so sind die Erben innerhalb gewisser Zeit, auf Höhe ihres Erbteils, zur Nachzahlung der Steuer verpflichtet. Auf Grund dieser Bestimmung sind in 444 Fällen Nachsteuern im Gesamtbetrage von 229 600 M. (im Vorjahre 500 Fälle mit 271 490 M.) festgesetzt worden. Demnach sind im Jahre 1907/08 insgesamt an Strafen und Nachsteuern 755 700 M. (im Vorjahre 816 800 M.) in Preußen eingekommen.

Es dürfte Herrn Abg. Rommelen schwer fallen, den Nachweis zu führen, daß diese Defraudationen ausschließlich auf das Konto ländlicher Steuerzahler kommen.“

Das wird Herr Rommelen allerdings nicht können. Und wenn die „Konserbative Korrespondenz“ beweisen wollte, daß unter den Industriellen und Handelsherren gar manche sind, die sich bestreben, die Steuermogelei nicht zum ausschließlichen Privileg der Junker werden zu lassen, so wird man ihr das ohne weiteres glauben dürfen. Womit für die Junker aber nichts gebessert wird.

Ständegemäße Geschworene!

Zum Eulenburg-Prozess bzw. zu der Meldung der „National-Zeitung“, daß nicht genügend Geschworene für die Hammann-Eulenburg-Session zu haben sind, weil man sich bei der Auswahl auf die besseren Kreise beschränkt, schreibt die „B. Z.“ am Montag nicht abel:

„Wenn wirklich unter den vielen tausend zum Schöffen- und Geschworenennamen fähigen Männern, die im Bezirk des Landgerichts wohnen, nicht genügend Geschworene zu finden sind, die weder krank noch verreist sind, so weist das auf eine Praxis bei der Aufstellung der Geschworenennamen hin, die weder dem Geiste des Verfassungsvertrages noch der Strafprozeßordnung entspricht. Es verreisen ja sehr viele Menschen, aber alles in allem noch keine fünf Prozent, und krank werden auch sehr viele Menschen, aber einschließlich der Nervosität, die der Arzt nicht sehen kann, sondern glauben muß, auch keine fünf Prozent. Dieser Prozentsatz aber erhöht sich sehr

stark, wenn man nur die höherer Gesellschaftsklassen ins Auge faßt. Dort verreisen vielleicht 50—60 Prozent, wenn freilich auch nicht gerade alle auf einmal, im Anfang Juli, und ebenso viele haben Hausärzte, die es ihnen glauben, wenn sie sagen, sie seien zu nervös, um zu Gericht zu sitzen. Sind also wirklich Schwierigkeiten bei der Bildung der Geschworenensbank für Eulenburg da, so beruht das darauf, daß man nur auf Angehörige der oberen Gesellschaftsklassen reflektiert, wie ja auch schon im ersten Prozeß fast ausschließlich Angehörige dieser Schichten zu Gericht saßen.“

Die Justizbehörde empfindet immer noch kein Bedürfnis, der Behauptung der „National-Zeitung“ entgegenzutreten.

Wahl des Reichstagspräsidenten?

Die gegenwärtigen Reichstagspräsidenten wurden seinerzeit als die Vertrauensmänner des Bismarck-Blockes gewählt; ausdrücklich wurde der Anspruch des Zentrums, als stärkster Fraktion, auf den Posten des Präsidenten mit der Begründung abgelehnt, daß sich der Block als Ganzes hehrachte und die Präsidenten aus dieser Mehrheit auswählte. Nun ist der Block zerfallen, und nach jener Argumentation haben die Herren Baasche und Kaempf keine Verrechtigung mehr, im Präsidium zu sitzen, denn sie sind nicht mehr die Vertrauensmänner der Mehrheit. Das Zentrum wird übrigens nicht lange mit seinen Wünschen hinter dem Berge halten. In einer Polemik gegen liberale Blätter erklärt das Zentrum schon jetzt, daß, wie sich von selbst versteht, dem Zentrum, als der zweitstärksten Fraktion, die Stelle des Präsidenten, die es im Reichstage tatsächlich auch fast zwölf Jahre lang innegehabt hat, gebühre. Mit dem ersten Vizepräsidentenposten, das wird ausdrücklich bemerkt, will sich das Zentrum nicht zufrieden geben.

Wenn zwei daselbe tun...

Die „Konserb. Korresp.“ beklagt sich sehr bitter über die bösen Liberalen, die gegen die Konserverativen so sehr hegen. Sie jammert: „Wo sich nur irgend ein Mißvergünstiger zeigt — und welche große politische Partei hätte deren nicht in kritischer Zeit —, sofort wird er aufgegriffen und das, was er auf dem Herzen hat, der aufhorchenden Welt in Speerdruck verklärt.“

Jeden wir nicht sehr, so bildet das Aufgreifen von Neuherungen einzelner Mißvergünstiger gerade einen Hauptpost der konserverativen Blätter, sobald es sich um mißvergünstigte Sozialdemokraten handelt. Warum also nicht auch den Vallen im eigenen Auge beachten?

Der neue Bauernbund.

Der Ausschuß für die Gründung eines deutschen Bauernbundes, dessen Konstituierung und Zusammensetzung wir gestern meldeten, hat einen Aufruf erlassen, in dem es über den Zweck des neuen Bundes heißt:

1. Auf Grundlage unseres Schutzsystems energische Vertretung der Bauerninteressen in wirtschaftlicher Hinsicht.
2. Beeinflussung der öffentlichen Meinung nach der Richtung hin, damit dieselbe nicht, wie es augenblicklich den Anschein hat, sich der ferneren Notwendigkeit der Durchführung einer gesunden Agrarpolitik widersetzt.
3. Bekämpfung der rücksichtslosen Politik der Großgrundbesitzerinteressen, die, konsequent durchgeführt, in politischer Hinsicht ihre Mitglieder in einseitiger Weise zu der reaktionären konserverativen Partei treibt.

Der Bauernbund wird danach also ebenso schutzökonomisch sein wie der Bund der Landwirte. Das war allerdings vorauszusetzen. Wie die Bekämpfung der rücksichtslosen Politik der Großgrundbesitzerinteressen aussehen wird, darauf darf man gespannt sein.

Interpellation über militärische Einmischung in Streiks.

Die sozialdemokratische Fraktion des hessischen Landtages wird die Regierung wegen der Vorgänge beim Streik der Arbeiter des Wassergasfabrikwerkes in Worms, bei dem die Behörde Militär requiriert hatte, interpellieren.

Ostmarkenpolitik in Ostafrika.

Einen neuen Kurs in der ostafrikanischen Besiedelungsfrage kündigt die „Deutsche Tageszeitung“ an:

Die gründliche Vereinnahmung Ostafrikas durch den Unterstaatssekretär von Lindequist und die vielen sachverständigen Urteile über die Besiedelungsfähigkeit der Hochländer der Kolonie haben ansehnlich endlich den Widerstand der Kolonialverwaltung gegen die Forderung nach planmäßiger Besiedelung von Ostafrika gebrochen; daß Staatssekretär Dernburg in eine sehr ernste Prüfung der Frage eingetreten ist, zeigt seine Fahrt mit dem Unterstaatssekretär von Lindequist in das Gebiet der Ansiedlungskommission in Posen. Diese Reise verfolgte den Zweck, festzustellen, inwieweit die Erfahrungen mit der Kolonisation der Ostmark in Ostafrika zu verwerten sind. Herr v. Lindequist ist bekanntlich Anhänger der Schaffung von Kleinsiedelungen in den Kolonien mit Regierungsbeihilfe; auf sein Verweihen würden die sogenannten 6000 Mark-Ansiedlungen in Südwestafrika geschaffen. Seine Pläne haben also eine gewisse, wenn auch nur entfernte, Verwandtschaft mit der staatlichen Ansiedlung in Posen. Die Lage der Kleinsiedelungen in Südwestafrika ist in den letzten Jahren eine sehr wenig günstige gewesen; von etwa 100 Siedelungen an den verschiedenen Orten zeigt sich nur ein Duzend etwa lebensfähig; trotzdem hat Herr v. Lindequist seinen Lieblingsplan nicht fallen lassen. Es scheint sogar seine Uebertragung auf Ostafrika — natürlich mit der gebotenen Berücksichtigung der dortigen Verhältnisse — bevorzugen zu wollen.“

Trotzdem also der Versuch der Kleinsiedelungen in Südwestafrika mäßig mißlungen ist, soll er jetzt in größerem Maßstabe in Ostafrika wiederholt werden. Das Reich soll die Mittel dafür aufbringen, nach Art der Ostmarkenpolitik in Ostafrika Bauern anzusiedeln! Denn die Verhältnisse liegen ja derartig, daß sich keine Bauern finden, die auf eigene Kosten das Experiment wagen. Zumal dort schon mehr als ein Kleinsiedler sein kleines Vermögen verloren hat.

Dernburg selbst wollte ja bekanntlich von solcher Siedelungspolitik in Ostafrika nichts wissen. Seine Haupt Hoffnung setzte er auf die Entwicklung der Eigenproduktion der Eingeborenen. Jetzt scheint er sich den stärkeren Einflüssen seiner Widersacher fügen zu müssen.

Die geplanten Siedelungsexperimente werden nicht nur die nutzlose Vergewendung von Millionen von Steuergroschen, sondern auch eine schwere Gefahr für den Frieden der Kolonie bedeuten. Denn die Ansiedler werden nicht nur das beste Land okkupieren, sondern auch die Eingeborenen zur Zwangsarbeit pressen und dadurch die ohnehin vorhandene Unzufriedenheit noch vermehren.

Oesterreich.

Tschechische Obstruktion gegen die Handelsvertragsvorlagen.

Wien, 1. Juli. In der heutigen Obmannerkonferenz erklärte Udrzal, die slavische Union beharre auf dem Beschluß, daß mit Erledigung des Budgets das Arbeitsprogramm der Sommeression erschöpft sei. Ministerpräsident Freiherr v. Wienerich und Handelsminister Weiskirchner traten demgegenüber mit größter Entschiedenheit für die Erledigung der handelspolitischen Vorlagen ein und betonten die schweren Nachteile, die nicht nur der Großindustrie, sondern hauptsächlich den kleineren Produzenten aus der Unsicherheit der

Handelsbeziehungen erwachsen würden. Die Mehrzahl der Obmannen unterstützte diesen Appell und verlangte überdies noch die Erledigung anderer wirtschaftlicher Vorlagen.

Frankreich.

Kulturkämpferei.

Auch, 1. Juli. Das Jugendpolizeigericht verurteilte den Erzbischof von Auch zu 500 Fr. und sechs Priester des Departements Gers zu 50 Fr. Geldstrafe wegen Veröffentlichung eines für die Laienschule beleidigenden Hirtenbriefes.

Die Marineebatte.

Paris, 1. Juli. (Deputiertenkammer.) Die Kammer verhandelte den Bericht der Marineuntersuchungskommission. Michon (Progressist) erklärte, es gebe in der Marine weder Einheitlichkeit in den Anschauungen noch Folgerichtigkeit in den Ideen. Es herrsche Unordnung in den Marineanstalten, die auch in der Ueberschreitung der Kostenanschläge zum Ausdruck kommen. Aus diesem Grunde seien die französischen Schiffe um 23 Proz. teurer als die deutschen. Die Wausfristen würden in die Länge gezogen und die Verproviantierung der Schiffe sei ungenügend. Es sei notwendig, die Marineverwaltung, deren Vaukerott die Kommission festgestellt habe, zu reformieren.

Der Kapitale Chaumet erklärte, die Marine verdiene nicht alle die Vorwürfe, die jetzt gegen sie erhoben würden. Die Hauptursache des mangelhaften Zustandes der Marine sei, daß man eine billige Marine nur zu Defensivzwecken habe schaffen wollen, die aber doch eine Milliarde gekostet habe, die er als fortgeworfenes Geld bezichtigen müsse. Zum Schluß forderte Medner, daß man die Marine in Ruhe arbeiten lassen solle.

Türkei.

Eine Drohung gegen Griechenland.

Konstantinopel, 1. Juli. Der Minister des Aeußeren hat, wie der „Osmanische Lloyd“ meldet, die türkischen Vertreter im Auslande angewiesen, die Regierungen wissen zu lassen, daß die Pforte von militärischen Vorbereitungen Griechenlands unterrichtet sei. Wenn Griechenland in seiner kriegerischen Haltung beharre, werde die Türkei gezwungen sein, ihm den Fehdehandschuh hinzuworfen.

Die Haltung der Mächte.

Paris, 1. Juli. Die Antwort der Schutzmächte auf die türkische Note wird vermutlich Anfang der nächsten Woche in Konstantinopel übergeben werden, da die Uebereinstimmung zwischen den vier Kabinetten vollständig ist. In einem Kollektivschritt wird in Athen und in Kanea zur Ruhe gemahnt werden. Die Zurückziehung der internationalen Truppen ist auf den 24. Juli festgesetzt.

Ein Besuch.

Konstantinopel, 1. Juli. Eine Deputation der Kammer reist heute nach London ab zum Besuche des englischen Parlaments. Der Führer der Deputation, der Vizepräsident der Kammer, und die Mitglieder der Deputation, wurden gestern von dem Sultan in Audienz empfangen; später wird die Deputation auch dem französischen Parlament einen Besuch abstatten.

Persien.

Neue russische Truppen sendungen.

Petersburg, 1. Juli. Die die Petersburger Telegraphenagentur erfährt, ist in Anbetracht der beunruhigenden Lage in Persien der Statthalter von Kaukasien beauftragt worden, Truppen in Bereitschaft zu stellen, um sie auf die russische Straße Engeli-Teheran zu senden, wie auch Fahrzeuge zur Ueberführung dieser Truppen von Waku nach Engeli. Diese Maßregeln werden rechtzeitig unternommen für den Fall, daß eine weitere Bewegung der Wachtaren und der Fidsai von Kadmim nach Teheran eine Anarchie nach sich zieht, welche eine ernste Gefahr für die russischen und die sonstigen auswärtigen Anlagen und Staatsangehörigen wie auch für die Straße von Engeli nach Teheran im Gefolge haben würde.

Aus der Partei.

Ein Jubiläum der sozialdemokratischen Folkethingfraktion Dänemarks.

Am 25. Juni waren 25 Jahre verflossen, seitdem die ersten beiden Sozialdemokraten, der Schuhmacher R. Hördum und der Schneider P. Holm, in das dänische Folkething gewählt wurden, der eine im neunten, der andere im fünften Wahlkreis Kopenhagens. Das Jubiläum ihres Einzugs in den Reichstag hat die dänische Sozialdemokratie am Freitag durch Massenversammlung auf dem Wegdamsfælled gefeiert. Dieses im Norden der Hauptstadt gelegene weite, baumlose Feld ist historischer Boden. Hier fand am 5. Mai 1872 zwischen Polizei, Militär und der Arbeiterschaft jene große Schlacht statt, die zur Verurteilung der drei Führer der dänischen Internationale P. Geleff und Wrig zu 5, 4 und 3 Jahren Zuchthaus führte. Im September desselben Jahres beteiligte sich die dänische Sozialdemokratie zum ersten Male an den Folkethingswahlen, es gelang ihr aber nicht, auch nur einen einzigen Kandidaten durchzubringen. In allen — damals 10 — Wahlkreisen Kopenhagens und Frederiksbergs siegten die Konserverativen. Louis Pio, der der erste feurige Agitator war, dem es gelang, die Arbeiterklasse aufzurütteln und der nun im Kerker saß, hatte zwar erklärt, daß die Arbeiterklasse mit einem Schlage sämtliche Wahlkreise Kopenhagens und noch mehrere Provinzkreise erobern könnte, wenn sie nur wollte, aber er hatte dabei nicht bedacht, daß derzeit über 10 Proz. der Bevölkerung der Armenpflege anheimgelassen war, so daß fast die Hälfte der sonst wahlberechtigten Arbeiter nicht wählen konnte!

Es folgten Jahre des Niederganges im Wirtschaftsleben wie in der jungen Arbeiterbewegung. Erst mit dem Jahre 1880 kam ein neuer Aufschwung. Aber im nächsten Jahre brach es die Sozialdemokratie bei den Folkethingswahlen mit ihren zwei Kandidaten doch nur auf 1680 Stimmen, und erst 1884 gelang es, jene zwei Parteigenossen in den Reichstag zu senden. Es wurden 6806 sozialdemokratische Stimmen abgegeben. Welche Aufregung damals unter der Bevölkerung Kopenhagens herrschte, davon zeugt die Tatsache, daß an 50 000 Menschen zur Verkündigung des Wahlergebnisses auf dem Ezerterplaz versammelt waren. . . .

Von den ersten beiden sozialdemokratischen Folkethingmännern ist P. Holm im Jahre 1898 verstorben. Sein Erbadamt hat die Arbeiterschaft am Freitag mit Blumen geschmückt. R. Hördum gehörte mit kurzer Unterbrechung dem Folkething bis zu den letzten Wahlen an. Der jetzt 63 jährige Genosse, „Sozialdemokraten“ Geschäftsführer, lehnte zu den Folkethingswahlen dieses Jahres die Wiederansetzung als Kandidat ab, weil er sich nicht mehr stark genug fühlte, die Pflichten eines Volksvertreters in vollem Maße zu erfüllen. Mit seiner Gesundheit ist es gegenwärtig leider so bestellt, daß er nicht einmal an dem Jubiläumsfest auf dem Wegdamsfælled teilnehmen konnte. Die vieltausendköpfige Menge sandte dem erkrankten Genossen für seine unermüdbare und fruchtbare Arbeit im Dienste der Partei und des Volkes eine Dankadresse, und auch von der Reichstagsfraktion, den „Sozialdemokraten“ und den übrigen Institutionen der Arbeiterschaft kamen zahlreiche Deputationen, um Hördum ihre Dankbarkeit für sein Wirken kundzutun.

Die Sozialdemokratie Dänemarks, von der die Gegner in den letzten Jahren sagten, daß sie nun mausetot wäre, hat bei den letzten Wahlen 92 888 Stimmen, fast ein Drittel der überhaupt abgegebenen Stimmen, auf sich vereinigt. Sie zählt heute 24 Vertreter im Folkething und vier im Landsting, also 28 Reichstagsabgeordnete.

Parteiliteratur.

Gesammelte Schriften von Wilhelm Wolff. Redt einer Biographie Wolffs von Friedrich Engels. Mit Einleitung und Anmerkungen herausgegeben von Franz Mehring. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68. Preis broschiert 1,50 M., gebunden 2 M.

Es ist nahezu ein Vierteljahrhundert verfloßen, seitdem Friedrich Engels „Die schlesische Milliarde“ herausgab mit einer Biographie Wolffs und einer Einleitung über die Geschichte der preussischen Bauern. Die Schrift ist längst vergriffen und eine neue Auflage erscheint um so dringlicher, als am 21. Juni 1909 der hundertste Geburtstag des Mannes wiedergebietet ist, der den drei großen Vorkämpfern der deutschen Sozialdemokratie ein ebenbürtiger Kamerad gewesen. — Sie alle haben, als Wolff am 9. Mai 1864 gestorben war, sein Grab mit unversehrten Lorbeerzweigen geschmückt. Lassalle widmete, selbst schon ein Opfer des Todes, den Mann Wolffs das letzte Wort, das er öffentlich gesprochen hat; Engels schrieb trauernd: „Einen so eichensfesten Kerl, der so zum Volke zu sprechen wußte und stets im schwierigsten Moment erst recht auf dem Fied war, bekommen wir nie wieder.“ Und Marx hat „dem unversehrlichen Freunde, dem Kühnen, treuen, edlen Vorkämpfer des Proletariats“ den ersten Band seines unsterblichen Meisterwerkes gewidmet.

Diese Worte, der Einleitung entnommen, die Mehring dem Buche voranschickte, zeigen deutlich die Bedeutung, welche Wolffs Schriften beanspruchen dürfen.

Vom Fortschritt der Presse.

Am letzten Sonnabend haben die Genossen des 8. sächsischen Reichstagswahlkreises, Pirna-Schachwitz-Sebnitz, die erste Nummer ihres eigenen neuen Blattes herausgegeben. Es erscheint für das Gebiet der sächsischen Schweiz, des Reichner Hochlandes und des Gottscheauer und Mügglitz-Tales. In einem Artikel: „Der Fortschritt unserer Sache“ wird die Entwicklung der Arbeiterbewegung im Verbreitungsbezirk des Blattes geschildert. Die Gewerkschaften zählen jetzt 9000 Mitglieder, die Parteiorganisation des 8. Kreises 4000. Seit 1871 haben im Kreise bei den Reichstagswahlen kandidiert die Genossen Ufer, Peters, Wurm und seit 1893 Prähdorf. 1871 bekamen wir 137 Stimmen, die Gegner aber 6575. Seit 1890 und in den Wahlen 1893, 1898, 1903 und 1907 sind unsere Stimmengahlen 3923, 7989, 10 007, 11 571, 15 905, 14 397; die der Gegner aber: 18 580, 12 833, 11 770, 12 510, 11 075 und 10 403. Die Zeitung des 8. Kreises zählt jetzt rund 6000 Abonnenten. — Dem neuen Kämpfer ein Glück auf!

Jugendbewegung.

„Arbeiter-Jugend“. Die soeben erschienene Nummer 12 hat u. a. folgenden Inhalt: Die deutsche Fortbildungsschule. II. Ziel und Organisation der modernen Fortbildungsschule. Von Joh. Hoffmann-Roßkötter. — Reichstagsauslösung. Ein politisches Zwiegespräch zwischen einem Jungen und einem Alten. — Das Werden im Weltall. Von Felix Linke (mit Illustrationen). — Magenta und Solferino. — Wanderregeln. Von W. Solmann. — Der Pranger der Lehrlingskinder. — Schmutziges von den Gegnern. II. f. w.

Seilage: Die Meister-Geige. Gedicht von John Henry Maday. — Weil's recht war. Eine Geschichte aus dem Wald. Von H. Ger. — Wie ich ein feiner Kerl wurde. Von Adolf Ernst. — Bücher für die Jugend. — Verwandlung. Gedicht von Hoffmann von Fallersleben.

Aus Industrie und Handel.

Die Reichsmetropole als Industrie-, Handels- und Verkehrsstadt.

Die Betriebszählungen von 1895 und 1907 lassen aus den Resultaten der Spezialangaben für Berlin daselbstes Bild von der industriellen Konzentration erkennen, wie die Gesamtergebnisse für Preußen und Deutschland ergaben. Es wird für Berlin der Anteil am gewerblichen Leben im preussischen Staate als ganz beträchtlich gewachsen konstatiert. Von allen in Preußen gewerblich tätigen Personen entfielen 1895 auf Berlin 9,31 Proz., 1907 dagegen 10,16 Proz. In Gewerbe und Industrie stieg die Zahl der Hauptbetriebe in der angegebenen Zeit von 87 267 auf 100 107, die Nebenbetriebe nahmen ab von 2421 bis auf 1281 Unternehmen.

Gegenüber einer Zunahme der Betriebe von insgesamt nur 20,28 Proz. steht eine Personenzunahme von 54,80 Proz., woraus die Neigung zur großindustriellen Entwicklung ersichtlich ist.

Handel und Verkehr haben für Berlin eine starke Zunahme und Konzentration ergeben. Für die Nebenbetriebe wird ein Zuwachs von 3477 auf 7207 verzeichnet, die Hauptbetriebe stiegen von 62 912 auf 79 108.

Die Tendenz großindustrieller Entwicklung beleuchten noch folgende Angaben. Von den gewerblich tätigen Personen entfielen auf:

	Industrie u. Gewerbe	Handel u. Verkehr		
1895	1907	1895	1907	
Alleinbetriebe	54 292	55 924	34 608	38 501
Anderer Betriebe	311 802	491 600	146 269	265 508
Σ.	366 094	547 524	180 875	299 007

Die Zunahme der Betriebe in Industrie und Gewerbe beträgt demnach 18,05 Proz., gegenüber einer Personalvermehrung von 49,59 Proz. In Handel und Verkehr stieg der Betriebssteigerung von 30,01 Proz. ein Personenzuwachs von 65,34 Proz. gegenüber. Mehr illustriert wird die Entwicklung durch folgende Tabelle, welche die Verschiebungen in den einzelnen Gewerbegruppen in vergleichender Gegenüberstellung veranschaulicht. Es beträgt (in Prozenten) die Zunahme +, die Abnahme —:

Gewerbegruppen	Hauptbetriebe	Personen
Handelsgärtnerei	— 87,93	+ 108,31
Tierzucht, Fischerei	+ 17,65	+ 251,56
Bergbau	+ 100,78	+ 100,78
Steine und Erden	+ 12,18	+ 31,58
Metallverarbeitung	+ 4,78	+ 40,99
Maschinen usw.	+ 17,19	+ 128,02
Chemische Industrie	+ 9,87	+ 78,82
Leuchtstoffe, Seifen	+ 1,99	+ 76,47
Textilindustrie	+ 9,33	+ 0,92
Papierindustrie	+ 14,43	+ 50,13
Leberindustrie	+ 2,08	+ 35,85
Gold- und Schmiedestoffe	+ 10,78	+ 30,63
Nahrungs- und Genussmittel	+ 5,66	+ 50,52
Bekleidung, Reinigung	+ 24,28	+ 44,08
Baugewerbe	+ 0,88	+ 17,70
Poligraphische Gewerbe	+ 19,12	+ 78,94
Künstlerische Gewerbe	+ 1,66	+ 35,96
Handel	+ 21,19	+ 60,40
Versicherung	+ 68,80	+ 249,27
Verkehr	+ 4,31	+ 99,91
Gast- und Schankwirtschaft	+ 47,02	+ 45,62

Zusammenfassend erhalten wir als Resultat: Zunahme der Betriebe 19,33 Proz., Steigerung der erwerbstätigen Personen 54,80 Proz. Das Ergebnis ist stark beeinflusst durch die starke Betriebszunahme im Gewerbe für Bekleidung und Reinigung und im Gastwirtschaftsgewerbe. Bei Ausschaltung dieser Gruppen würde sich folgendes Bild ergeben:

Zahl der Betriebe	Zunahme	Zahl der erwerbstätigen Personen	Zunahme
1895	1907	1895	1907
88 884	89 183	0,76	274 117
			481 519
			67,42

Es sei hierzu noch bemerkt, daß die Verschiebungen im Bergbau und in Tierzucht und Fischerei wegen der absolut geringen Zahlen nicht von Bedeutung sind; im Bergbau stieg die Zahl der Betriebe von 7 auf 14, in der Tierzucht und Fischerei die Zahl der Personen von 64 auf 225.

Den Anteil der Geschlechter am gewerblichen Leben zeigt nachfolgende Uebersicht. — Angaben in Prozent. Gewerblich tätige Personen waren:

	männliche	weibliche
1895	72,75	27,25
1907	68,60	31,40

Damit ist ein Zuwachs der weiblichen Personen gegenüber einer Abnahme der männlichen Personen zu konstatieren. Jedoch tritt in der Gesamtheit die Zahl der gewerblich tätigen Frauen weit hinter der der Männer zurück, mit Ausnahme einiger Gruppen, in denen das Gegenteil gelten kann. Im Bekleidungs- und Reinigungsgewerbe beträgt der Anteil des weiblichen Geschlechts auf je 100 gewerblich tätige Personen 68,18, im Reinigungsgewerbe 69,13, in der Textilindustrie 54,84, in Gast- und Schankwirtschaften 53,03 und in der Papierindustrie 52,06. Auch am Handel ist das weibliche Geschlecht stark beteiligt, und zwar mit 81,19 Proz.

Krach im Kalisyndikat.

Seit Mittwoch tagt die Generalversammlung des Kalisyndikates, in der es zeitweilig sehr stürmisch zugegangen ist. Die Verhandlungen mühen vorübergehend vertagt werden. Am Mittwoch verlas Oberbergamt Papmann eine Erklärung des preussischen Handelsministers, in der den Werken im Interesse der Gesamtheit eine Einigung ans Herz gelegt wurde. Der Handelsminister brachte in dieser Erklärung noch zum Ausdruck, daß, falls eine Einigung nicht zu Stande komme, der preussische Fiskus nicht zögern werde, sofort mit der Verkaufstätigkeit außerhalb des Syndikates zu beginnen. Diese Erklärung verlebte die beabsichtigte Wirkung nicht. Unmittelbar darauf erklärten sich verschiedene Vertreter bereit, Abstriche von ihren Forderungen machen zu lassen. Schließlich wurde eine Vertrauenskommission gewählt. Dieser sollten die Werke nun „zum unversehrlichen letzten Male“ ihre endgültig letzten Forderungen unterbreiten. Während diese Kommission tagte, entwickelte sich in den Räumen des Hotels Abloh, in denen die Beratungen stattfanden, eine reguläre Kalisyndikatsbörse, und die Kurse stiegen.

Nachdem mit fast allen Werken eine Einigung erzielt war, machte plötzlich kurz vor Mitternacht ein Vertreter Schwierigkeiten. Schließlich wurde ein Teil der Mehrforderungen von einigen Werken übernommen. Da inzwischen bereits die Mitternachtsstunde herangelommen war, verpflichteten sich die Werke, für die nächste Viertelstunde Verkäufe nicht vorzunehmen. Als man in der zweiten Morgenstunde die Werke zur Unterstiftung zusammen rief, stellte es sich heraus, daß zwei Herren fehlten. Es verlautete, daß diese bereits Verkäufe vorgenommen hätten. Sodann wurden die Verhandlungen vertagt.

Soziales.

Zum Legitimationszwang.

Das gestern ausgegebene Ministerialblatt für die preussische innere Verwaltung enthält einen neuen Erlaß des preussischen Ministers des Innern vom 31. Mai 1909 zu dem Legitimationszwang ausländischer Arbeiter. Es wird darauf hingewiesen, daß in dem Erlaß vom 21. Dezember 1907 unter Nr. 11 angeordnet ist, daß diejenigen Arbeiter, welche, ohne im Besitz der Arbeiterlegitimationskarte zu sein, in Arbeit treten wollen oder in Arbeit getreten sind, auszuweisen sind. Im Anschluß hieran heißt es dann in der neuen Ministerialverfügung:

„Im Interesse einer gleichmäßigen Handhabung dieser Vorschrift wird besonders darauf hingewiesen, daß es hiernach nicht zulässig ist, gegen Arbeiter, die sich nicht im Besitz einer Inlandslegitimationskarte befinden, ohne weiteres und unmittelbar mit Ausweisung vorzugehen. Die betreffenden Arbeiter sind vielmehr zunächst mindestens einmal, in geeigneten Fällen auch wiederholt zur nachträglichen Beschaffung der Karte aufzufordern, wobei ihnen die Polizeibehörden, soweit erforderlich, Rat und Beistand zu leisten haben. Nur bei andauerndem Widerstand gegen die bestehenden Legitimierungsvorschriften wird solcher durch das Mittel der Ausweisung zu brechen sein.“

Uebrigens müssen sich die Polizeibehörden bei Handhabung der durch den genannten Erlaß gegebenen Ausweisungsbefugnis stets gegenwärtig halten, daß die Inlandslegitimierung nur den Vorkehr der ausländischen Arbeiter einer im sicherheits- und ordnungspolizeilichen Interesse notwendigen Kontrolle unterwerfen will, daß dabei aber alles vermieden werden muß, was ein Fernhalten oder Zurückdrängen des für die inländische Produktion erwünschten Zustromes der ausländischen Arbeiter herbeiführen könnte. Dergleichen sind von den Polizeibehörden keinerlei Maßnahmen zu unterziehen, welche grundsätzlich auf eine wirtschaftliche Zurücksetzung der ausländischen gegenüber den einheimischen Arbeitern hinzielen.“

Der neue Erlaß ändert an der Rechtswidrigkeit des Legitimationszwangs nicht das mindeste. Er beweist nur, daß selbst der preussische Polizeiminister davon überzeugt ist, daß der Erlaß große Unbilligkeiten zeitigt hat. Die offiziöse Presse hat zu der von uns am Dienstag wiedergegebenen Darlegung des italienischen Ministers Tittoni, daß der Legitimationszwang einen Vertragsbruch enthalte, so weit wir übersehen, noch kein Wort geäußert. Hat endlich die preussische Regierung sich von der Rechtswidrigkeit der Erlasse überzeugt?

Was ein Landrat von einer städtischen Behörde sagen darf.

Der Landrat Rasse zu Osnabrück berichtete 1906, als Dr. Schädling Bürgermeister von Osnabrück, an den Regierungspräsidenten in Schleswig über die Baufluchtlinienfestsetzung in Osnabrück. Unter anderem wurde in dem Bericht ausgeführt, daß nach Aufstellung des vollständigen Bebauungsplanes der damalige Bürgermeister Menge es für richtiger gehalten habe, die endgültige Festsetzung der Fluchtlinien nicht sofort vorzunehmen, um es besser machen zu können. Dem sei er nicht entgegengetreten. Unter dem derzeitigen Bürgermeister (Schädling) läme die Angelegenheit auch nicht vom Fied. Das städtische Kollegium finde es bequemer, bei jedem Bau mit dem Bauherrn zu verhandeln. Das gehe nicht weiter. Der Regierungspräsident möge, um eine gewisse Anordnung zu beseitigen, beantragen, daß binnen wenigen Monaten die Festsetzung der Fluchtlinien endgültig durchgeführt werde. In diesem Bericht sagte auch der Landrat mit Bezug auf die behandelte Angelegenheit, der Magistrat habe eine „jammervolle Rolle“ gespielt. Der Magistrat erhielt davon Kenntnis, da der Bericht mit einer Verfügung des Regierungspräsidenten an den Landrat zurück und von da an die Polizeiverwaltung der Stadt Osnabrück gelangte. Dr. Schädling, als Vorsitzender des Magistrats, stellte Strafantrag, und als die Staatsanwaltschaft ein Einschreiten ablehnte, klagte der Magistrat durch Schädling gegen den Landrat Rasse im Wege der Privatklage. Der Magistrat fühlte sich durch die Worte: „Der Magistrat spielte eine jammervolle Rolle,“ beleidigt.

Die Regierung zu Schleswig erhob zugunsten des Landrats den Konflikt und verlangte Einschaltung des Verfahrens, weil der

Landrat hier als ständiger Kommissar des Regierungspräsidenten gehandelt und seine Amtsbefugnisse nicht überschritten hätte.

Das Oberverwaltungsgericht erklärte am Dienstag den Konflikt für begründet, so daß das Verfahren gegen den Landrat endgültig einzustellen ist. Es wurde ausgeführt: Zweifellos habe der Landrat die fragliche Aeußerung in amtlicher Eigenschaft getan. Als Landrat sei er ständiger Kommissar des Regierungspräsidenten und daher befugt, über Verhältnisse und Vorverhältnisse in den Städten, die dem Regierungspräsidenten unterbreitet werden müssen, zu berichten. Er habe nun in den Bericht eine Kritik des Magistrats (Bürgermeisters) einfließen lassen, die allerdings scharf sei. Es erbeile aber nirgends, daß er nicht Grund gehabt hätte, Kritik zu üben. Es sei ihm zu glauben, daß ihm die Absicht, zu beleidigen, ferngelegen habe. Die fraglichen Worte in dem für den Regierungspräsidenten bestimmten Bericht seien dem Magistrat ja auch nur durch einen Zufall bekannt geworden. Es könne nicht angenommen werden, daß der Landrat sich einer Amtsüberschreitung schuldig gemacht habe.

Eine „jammervolle Rolle“ spielt die in Preußen vorhandene Möglichkeit, durch den sogenannten Konflikt ein gerichtliches Verfahren zu hemmen, wenn der Angeklagte ein Beamter ist.

Eine Krankheit der Zementarbeiter.

Im neuesten Heft der französischen Zeitschrift „La Revue“ findet sich ein ungemünztes Aufsatz über eine Krankheit, der die Zementarbeiter, die viel mit dem feinsten Staub zu tun haben, fast alle unterworfen sind, und es lohnt sich um so mehr, an dieser Stelle wenigstens kurz auf die Ausführungen des französischen Blattes einzugehen, als dort zugleich ein Mittel zur Abhilfe angegeben wird.

Der Verfasser geht von der Beschreibung einer ähnlichen Krankheit aus, die sich bei den Ziegelfabrikarbeitern findet, und die sich in einem heftigen Jucken der Finger zeigt, eine Folge des unausgesehenen Reizens und Reibens der Hände. Weil schlimmer aber ist der Zustand der Zement- und Mörtelarbeiter, da das Jucken hier weit intensiver auftritt und durch das heftige Kratzen häufig Abszesse und ähnliche Erscheinungen hervorgerufen werden. Diese Krankheit greift von den Händen leicht auf die bloßen Arme und das Gesicht, kurz auf alle jene Körpertheile über, die nackt sind, während sie bei den durch die Kleider geschützten nicht wahrgenommen wird. Dieses Jucken bei den Zementarbeitern wird durch einen äußerst feinen Staub hervorgerufen, der während der Tätigkeit des Mannes durch die Poren in die Haut eindringt und sich dort festsetzt. Wenn nun stundenlang gearbeitet wird, ohne daß die Hände gereinigt werden können, so sind alle Vorbedingungen zum Auftreten dieser anfangs höchst lästigen, aber mit Zeitigkeit sehr gefährlich werdenden Krankheit gegeben.

Der Verfasser vertreibt nun, auf die Mittel zur Vermeidung dieses Übels eingehend, alle Ratschläge, die sich auf eine Aenderung in der Behandlung des Zements beziehen, da diese in vielen Fällen nicht nur unpraktisch, sondern auch undurchführbar seien, und empfiehlt dagegen ein oftmaliges Waschen der Hände. An jeder Arbeitsstätte sollten eine Reihe von Säubeln aufgestellt werden, die zur Reinigung der Arbeiter bestimmt seien und die gleich nach Benutzung durch frische ersetzt werden müßten. Ein bloßes Waschen genüge keineswegs; das Gesicht müsse so tief sein, daß der Arbeiter bequem nicht nur die Hände, sondern den ganzen Arm bis über den Ellenbogen darin untertauchen und reinigen könne.

Ein Strafgefängnis als Submissionsunterbieter.

Bei der engeren Submission für die Lieferung von Möbeln für das kaiserliche Reichspostamt am Potsdamer Bahnhof in Berlin wurden folgende Offerten abgegeben: Firma Wäber 5676 M., Firma Beschle 5447 M., Fangauf 4720 M., Strafgefängnis Tegel 2891 M. Weiter hat nichts mehr gefehlt, als daß Strafgefängnisse als Konkurrenten bei der Submission andere Firmen, die schwere Steuern zahlen müssen, um 50 Proz. unterboten.

Vom Thüringer Baugewerbe.

Auch in Thüringen machte sich die Krise im Baugewerbe fühlbar. Wenn auch der trockene Bericht der Thüringischen Baugewerksberufsgenossenschaft keinerlei Bemerkungen darüber enthält, so sprechen doch die Zahlen.

Während in früheren Jahren ständige Zunahme an versicherten Arbeitern zu verzeichnen war, ist laut Bericht im Vorjahre ein ziemlicher Rückgang eingetreten.

Versichert waren im Jahre 1907 6285 Betriebe, 1908 6365 Betriebe, dagegen 1907 43 501, 1908 42 711 Arbeiter.

Die Zahl der versicherten Arbeiter ist also um fast 1000 zurückgegangen.

Die nachgewiesenen Löhne berechnen sich pro Kopf und Jahr der Versicherten als Arbeitsverdienst im Jahre 1907 781 M., 1908 793 M.

Die thüringischen Bauunternehmer können also nicht besonders stolz auf ihre „hohen Löhne“ sein. Dabei ist die Unfallgefahr so groß wie in allen anderen Staaten auch. Gemeldet wurden im Berichtsjahre 1515 Unfälle gegen 1895 im Vorjahre. Auf 1000 Beschäftigte entfielen somit 83,3 Unfälle. Entschädigungspflichtig wurden nur 330 dieser Unfälle, darunter 19 Todesfälle.

Der Vorsitzende der kleinen Berufsgenossenschaft erhält laut Bericht pro Jahr 1920 M. „Tagegelde“, die 4 Sektionsvorsitzenden je 500 M. Wie hoch müßten sich nun die „Tagegelde“ der Vorsitzenden der Ortskrankenkassen stellen, die wohl zehnmal mehr Arbeit haben als die der Berufsgenossenschaften? Welches Geschrei würde sich aber erheben, wenn diese nur 1000 M. rechnen würden? Die Verletzten wurden in 169 Fällen mit ihren Verurteilungen von den Schiedsgerichten abgewiesen und hatten nur in 55 Fällen Erfolg.

Von den 42 Refusen der Verletzten wurden 41 als unbegründet abgewiesen, während die Berufsgenossenschaft von ihren 30 eigenen Refusen noch 18 Erfolge hatte.

Die Aufsichtsberechtigten der Berufsgenossenschaft klagen, daß die Durchführung der Unfallberufungsvorschriften auf Baustellen sehr schwierig sei, da dieselben immer wechseln und häufig die Ausrede gebraucht werde, daß „die Anbringung der Schutzvorrichtung mehr Zeit erfordere als die auszuführende Arbeit selbst“. Es würden noch Jahre vergehen, bis sich die neuen Vorschriften eingelebt haben. Jedenfalls haben die Bauarbeiter selbst das größte Interesse an demselben.

Gerichts-Zeitung.

Zum Selbstzug gegen die Polen.

Die Gebamme Biatacka zeigte auf einem Schilde, daß an einem Hause angebracht war, ihre neue Wohnung in der Wädersstraße 3 zu Posen an. Vor der deutschen Bezeichnung gebrauchte Frau B. auch noch die polnische Plesacy 8. Die Entfernung dieser Bezeichnung verlangte der Polizeipräsident von Posen, weil sie die öffentliche Ordnung beeinträchtige. Frau B. klagte vergeblich gegen den Polizeipräsidenten beim Bezirksauschuß, und das Oberverwaltungsgericht verwarf am Dienstag ihre Berufung ebenfalls. Begründend wurde ausgeführt: Wenn Straßenbezeichnungen in der Öffentlichkeit erschienen, so seien sie dazu bestimmt, das Publikum zu orientieren. Sie würden so zu einem Teile der öffentlichen Ordnung, zu deren Erhaltung nach § 10 II 17 des Allgemeinen Landrechts die Polizei die erforderlichen Maßnahmen zu treffen habe. Wenn eine Straßenbezeichnung, die nicht gestattet sei, angebracht werde, dann werde dadurch die öffentliche Ordnung verletzt, ganz egal, ob daneben auch noch die amtliche Straßenbezeichnung gebraucht werde. Die Polizeiverfügung sei hier gerechtfertigt, denn das an der Straße angebrachte, für den öffentlichen Verkehr bestimmte Schild sei geeignet, die öffentliche Ordnung dadurch zu stören, daß es eine nicht amtlich zugelassene, fremdsprachliche Straßenbezeichnung enthalte.

Gewerkschaftliches.

Mitgliedsbeiträge für gelbe Vereine sind nicht abziehbar!

Die Praxis, Mitglieder zu pressen für die sogenannten Unterstützungs- oder Sparvereine, besser bekannt unter dem Namen „Gelbe Vereine“, besteht bei vielen großen Firmen. Oft werden die Mitgliedsbeiträge gleich vom Lohn abgezogen, wenn die Arbeiter auch gar nicht mehr Mitglieder sein wollen. So geschah es bei der Firma Karl Flohr, Maschinenfabrik, Chausseestraße. Die Arbeiter ließen sich dergleichen Maßnahmen nicht ruhig gefallen. Sie kamen zusammen und viele erklärten ihren Austritt aus dem Verein, um nicht länger jede Woche 20 Pf. sich für die Zwecke der selben vom Lohn abziehen zu lassen. Dies geschah schon Anfang Januar und die Arbeiter machten der Firma ausdrücklich Mitteilung. Aber trotz mehrfachen Protestes der Ausgetretenen mußten die Beiträge weiter bezahlt werden. Die Beschädigten reichten deswegen eine Klage beim Gewerbegericht ein und ließen sich durch den Bevollmächtigten des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Otto Handke, vertreten. Von den 68 Klägern zogen 5 ihre Klage wieder zurück, so daß Handke 63 Arbeiter noch zu vertreten hatte, die die Fehlbeträge an ihrem Lohn von der Firma verlangten. Nach einigen vorausgegangenen Terminen fand die Verhandlung am Donnerstag, den 1. Juli, vor dem Gewerbegericht unter Vorsitz des Magistratsrats Böbling statt. Das Gericht zog sich zuerst zur Beratung über die Zulassung von Handke als Vertreter zurück. Handke wurde nicht als gewerkschaftlicher Vertreter angesehen und zugelassen. Der Vertreter der Firma Flohr machte geltend, daß der Austritt der Leute aus dem Verein nicht in der statutarisch rechtmäßigen Weise erfolgt sei. Das Gericht sah davon ab, diese Frage zu erörtern und beschäftigte sich in erster Linie damit, ob die Lohnabzüge für die Vereinsbeiträge überhaupt zulässig seien. Auch Handke erklärte, daß er die Klage auf die §§ 115, 117 und 119a der Gewerbeordnung gründe, nach welchen die Firma keine Abzüge machen dürfe.

Das Gericht erkannte in seinem Urteil dahin, daß die Lohnabzüge für die Vereinsbeiträge unzulässig seien. Es nahm dabei an, daß die Leute am Zahlungstage ihren Lohn verlangt haben und daß der Jahresverdienst 1500 Mk. nicht überschreitet. Etwaige Vereinbarungen sind als nichtig anzusehen und die Kläger berechtigt, die restierenden Löhne einzufordern. Die Firma kann die Beiträge für den Verein einziehen, darf sie aber nicht vom Lohn abziehen und den Arbeitern am Tage der Zahlungsfälligkeit vorenthalten.

Berlin und Umgegend.

Die Bewegung der Schlosser.

Die Schlosser Berlins und der Umgegend fanden sich außerordentlich zahlreich am Mittwochabend in Freyers Festalen, Kappensstraße, zusammen. Saal und Galerien waren dicht besetzt; der Andrang wurde so stark, daß die Tische entfernt werden mußten. Auf der Tagesordnung stand der Bericht der Kommission über die Verhandlungen mit den Arbeitgebern und eventuelle Beschlußfassung über Maßnahmen der Arbeitnehmer. Otto Handke referierte. Nach der Versammlung am 7. Juni sandte die eingesezte Kommission die Vorlage der Arbeiter an die Arbeitgeberorganisation mit einem Begleitschreiben, in welchem eine Besprechung gewünscht wurde. Am 12. Juni traf die Antwort der Unternehmer ein, die eine entschiedene Ablehnung des vorgelegten Entwurfes enthielt. Zu einer Besprechung erklärte man sich aber bereit. Die erste Verhandlung fand darauf am 17. Juni statt, der eine weitere am 25. Juni folgte. Verschiedene Vertrauensmännerkonferenzen fanden in Verbindung mit diesen Verhandlungen statt. Ueber die Arbeitszeit von 9 Stunden entspann sich keine längere Diskussion, aber desto mehr Schwierigkeiten boten die Vorschläge über den Mindestlohn. In der Vorlage der Arbeiter werden 60 Pf. pro Stunde verlangt; die Arbeitgeber boten zuerst 47 1/2 Pf. und 40 Pf. für die Jungangelernten. Später machten sie einige Zugeständnisse und in der Verhandlung vom 25. Juni boten sie schließlich 50 Pf. Mindestlohn, aber für die jungen Gesellen nur 45 Pf. und nach einem Jahre 50 Pf. Die Kommission der Arbeitnehmer kam nach manchen Sonderberatungen und in Uebereinstimmung mit einer Vertrauensmännerkonferenz zu dem Vorschlag, daß für die ersten zwei Jahre des Tarifes der Stundenlohn mindestens 62 1/2 Pf., im letzten Jahre aber 65 Pf. betragen sollte. Es kam aber keine Einigung zustande, selbst dann nicht, als die Kommission anbot, daß für alle drei Jahre der Tarif der Mindestlohn 62 1/2 Pf. betragen sollte. Die Meister verlangten, daß ihre Vorschläge einer Versammlung der Arbeiter vorgelegt werden sollten. Die Kommission der Arbeitgeber wollte ihrerseits die Vorschläge der Arbeiter der Meisterorganisation bis zum 19. Juli vorlegen. Handke zeigte den Versammelten drei Wege, die sie nun gehen könnten; entweder tariflos zu arbeiten oder die Streiktaktik einzuschlagen oder die begonnenen Verhandlungen fortzuführen. Die ersten beiden Wege, so meinte er, würden ebenfalls zu Verhandlungen schließlich führen. Er gab ferner zu bedenken, daß die Unternehmer sicherlich den Tarif zu dem Zweck gestündigt haben, Verschlechterungen einzuführen. Diese Verschlechterung sei abgewehrt; es könne sogar eine Verbesserung erzielt werden und da sei es unklug, die Verhandlungen abbrechen zu wollen.

Die Kommission schlug der Versammlung vor, im Einklang mit den Beschlüssen der Vertrauensmännerkonferenz und der Agitationskommission, die folgende Resolution anzunehmen:

Mit Rücksicht darauf, daß die Zugeständnisse der Meisterkommission betreffs Erhöhung des Primarlohns zu gering sind, da die Ausgaben für den Lebensunterhalt sich gegen frühere Jahre bedeutend erhöht haben und noch erhöhen werden, kann sich die Versammlung mit dem bisherigen Resultat der Verhandlungen nicht einverstanden erklären, und beauftragt ihre Kommission, dieses den Arbeitgebern in geeigneter Weise mitzuteilen.

Damit aber der Arbeiterschaft nicht der Vorwurf gemacht werden kann, eine gütliche Erledigung der Tarifangelegenheit verhindert zu haben, so ist die Versammlung mit weiteren Verhandlungen einverstanden, unter der Voraussetzung, daß die gegenwärtigen Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht verschlechtert werden.

Wird trotzdem in irgendeinem Betriebe versucht, eine Verschlechterung der Arbeitsverhältnisse einzuführen, dann verpflichten sich die betreffenden Kollegen, es sofort der Organisation zu melden, damit geeignete Maßnahmen getroffen werden.

Eine lange und hitzige Diskussion entspann sich. Von den Vorschlägen der Unternehmer wollte man durchaus nichts wissen und forderte entschieden eine nennenswerte Verbesserung des alten Tarifs. Der Kommission wurden manche Vorwürfe gemacht, weil sie nicht energig genug aufgetreten sei. Daß man mit der Antwort der Meister bis zum 19. Juli warten müsse, erregte viel Unwillen. Der Vorschlag der Kommission wurde aber neben einer Reihe anderer Vorschläge zuletzt nach Lage der Verhältnisse doch als der beste anerkannt und die vorgelegte Resolution mit großer Mehrheit angenommen.

An die Berliner Arbeiterschaft!

Die Direktion des Bach- und Schließinstituts Groß-Berlin, Seipzigerstraße 28, bemüht sich gegenwärtig, ansündig zu machen, wer von den angestellten Wächtern sich erdreistet, dem Verbands beizutreten. Die Direktion verwehrt ihren Angestellten das Koalitionsrecht. Um die Wächter in der Erringung des Koalitionsrechtes zu unterstützen, werden alle diejenigen, die gewillt sind, bei obiger Gesellschaft in den Dienst zu treten, ersucht, das Mitgeteilte zu beachten. Anknüpfend über die bestehenden Lohn- und Arbeitsbedingungen erteilt bereitwilligst unterzeichneter Verband, Engel-Platz 15 II Zimmer 31-34. Nur unter vorhergehender Verständigung mit der Organisation sollen Organisierte dort Arbeit annehmen.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
Bezirk Groß-Berlin.

Die im Verband der Sattler und Portenfeniker organisierten Galanterie- und Wärtelarbeiter waren mit den Unternehmern dieser Branche in Tarifunterhandlungen getreten. Von den angestellten Forderungen, Gleichstellung des bisherigen Tarifs mit dem der Tischlerbranche, eine fünfprozentige Lohnzulage und dieselbe Bestimmung betreffs der Heimarbeit, wie sie für die Tischlerbranche besteht, nämlich, daß neue Heimarbeiter nicht mehr eingestellt werden dürfen, wollten die Unternehmer nur den ersten Punkt bewilligen. Bezüglich der Heimarbeit erklärten sie, die geforderte Einschränkung nicht zugeben zu können, da es Artikel gäbe, die in der Werkstatt nicht (!) angefertigt werden könnten. Natürlich kommt dieser Einwand stets von dieser Seite, jedoch hat die Erfahrung gelehrt, daß derselbe den Tatsachen nicht entspricht. Eine am Mittwoch eintreffende Versammlung war sich dahin einig, ohne Vertrag weiter zu arbeiten und alle weiteren entsprechenden Maßnahmen der Zukunft zu überlassen.

Achtung, Friseurgehilfen! Aufgehoben wird hiermit die Sperre bei Wengel, Adalbertstr. 4 und Rosenthal, Verlichingstr. 13. In der Liste sind nachzutragen Pauli, Brüsseler Straße 12, Borsdorf, Kirchstr. 31 und Fiedler, Gröbstr. 62. Verband der Friseurgehilfen Deutschlands.

Deutsches Reich.

Infolge der Aussperrung im Baugewerbe des Vierstädtebundes Hamburg-Altona-Wandsb.-Harburg, welche am 5. Juni ihren Anfang nahm, sind auch die Arbeiter der Holzindustrie, wie Tischler und Bauanschläger, in erheblichem Maße in Mitleidenschaft gezogen. Die Arbeitslosigkeit in der Holzindustrie in genannten Orten hat gewaltige Dimensionen angenommen. Arbeitslosigkeiten bis 26 Wochen und darüber sind keine Seltenheiten. Da zurzeit noch nicht abzusehen ist, welchen weiteren Umfang die Arbeitslosigkeit annehmen wird, werden alle Holzarbeiter, welche sich auf der Reise befinden oder sich sonstwie um Stellung bewerben, gut tun, bis auf weiteres Hamburg-Altona-Wandsb.-Harburg zu meiden. Es liegt dies im Interesse der Arbeitslosen am Orte, aber auch jedes einzelnen Arbeitssuchenden.

Fortgesetzter Tarifbruch durch Unternehmer.

Die Schlichtungskommission für das Steinfeldgewerbe in Leipzig entschied kürzlich, daß drei Leipziger Steinfeldfirmen wider den bestehenden Tarif verstoßen haben. Eine Firma hielt darauf die Tarifbestimmungen ein, die zwei anderen aber lehnten sich nicht daran; sie setzten sich über den Schiedspruch hinweg und brachen so fortgesetzt und bewußt den bestehenden Tarifvertrag. Die Firma Friedrich Walther ließ entgegen den Bestimmungen im Tarifvertrag das Plattenlegen im Afford nur von Hilfsarbeitern ausführen und die Firma Weifflog forderte von den in Lohn arbeitenden Steinfeldern eine Mindestleistung von täglich 25 Meter Rabelgrabenlänge. Für jeden weiteren Meter sollte sie 30 Pf. Das war also tariflich verbotener Afford in anderer Form. Vor der nun wieder angerufenen Schlichtungskommission versuchte der Unternehmer Weifflog zu leugnen, bis ihm von Zeugen Klipp und klar der Tarifbruch nachgewiesen war. Dann lenkte er ein, bat höflich um Entschuldigung und versprach auf „Ehrentwort“, den Tarif nie wieder zu verletzen. Dem Räffel seiner Unternehmerkollegen im Schiedsgericht entging er deshalb aber doch nicht. Die Kraft des Unternehmerehrentwortes muß sich aber erst noch erweisen.

Ausland.

Aussperrung in der norwegischen Eisen- und Metallindustrie.

Die norwegische Arbeitgebervereinigung hat am Montag dem Eisen- und Metallarbeiterverband eine allgemeine Kontraktlosade angekündigt. Dieses für Norwegen neue Kampfmittel des Unternehmertums soll darin bestehen, daß in der Eisen- und Metallindustrie kein organisierter Arbeiter mehr eingestellt wird. Diejenigen, die zurzeit arbeitslos sind, sollen also dauernd von der Arbeit ausgeschlossen werden, und wer während der Dauer der Kontraktlosade entlassen wird, soll in keiner anderen Fabrik Unterzucht finden. Unorganisierte sollen dagegen überall eingestellt werden. Die Ursache dieser Maßregel ist, daß der Eisen- und Metallarbeiterverband über Westes Armaturfabrik in Husestred die Sperre verhängt hat. In diesem Konflikt trägt der norwegische Handelsminister Abrahamson ein gut Teil schuld. Er hatte nämlich zuerst ein Fabrikreglement für die Firmen gutgeheißen, worin, entsprechend dem Fabrikgesetz, die achtstündige Lohnzahlungsperiode festgesetzt war, sich sich aber nachträglich von der Firma verleitete, der vierzehntägigen Lohnzahlung seine Zustimmung zu geben, obwohl das Gesetz ausdrücklich besagt, daß dies nur geschehen darf, wenn die Arbeiter damit einverstanden sind. Das war und ist hier jedoch durchaus nicht der Fall. Der Minister hat also dem Unternehmertum zuliebe gegen das Gesetz gehandelt. Jedenfalls wird er dafür noch im Storting zur Rechenschaft gezogen werden.

Eine herbe Kritik am Block-Reichstag

war es, die gestern in Groß-Berlin in dreißig überfüllten Versammlungen geübt wurde. Das Wetter war der Veranstaltung nicht weniger als günstig. Am Nachmittag noch ein paar Stunden heller Sonnenschein, wie im Blodlager nach glücklich gelungenem Volksbetrug bei der Wahlschlacht. Dann trübte sich der Himmel und sah bald so traurig aus, wie die deutsche Finanzlage oder, wenn man will, auch die sogenannte Finanzreform. Schließlich regnete es Bindfaden.

Ein kluger Mann hat einmal behauptet: Bei schlechtem Wetter werden keine Revolutionen gemacht! — Der Mann kannte die deutsche Sozialdemokratie noch nicht. Obgleich es sich nicht um den letzten und ernstesten Kampf des Proletariats handelte, sondern nur um eine immerhin aber eindringliche Demonstration gegen die tolle Augenblickspolitik des Block-Reichstages und die konsequenter Ausbeutungspolitik der neu koalitierten Junker und Pfaffen, strömten Männer und Frauen zu Tausenden und Abertausenden herbei.

Nordorf, die Proletarierstadt, der Osten und der Norden wimmelten von Menschen, die sich den Versammlungen zuwandten. In der Hasenheide wogte es auf und ab. Das „Gewerkschaftshaus“ war derart gefüllt, daß der vor der Tür patronisierende Beamte wohlmeinend vom Betreten des Saales abriet, der Aufenthalt in demselben gleiche dem in einem russisch-römischen Badel. Aber die drin hielten wacker aus in der tropischen Temperatur und die draußen tapfer in nordischen Regen. Auch der Riensaal von Keller in der Koppenstraße reichte natürlich bei weitem nicht, um die Massen der Besucher aufzunehmen. Auch die schmale Koppenstraße genügte den Massen der Erschienenen nicht, die sich deswegen

der Frankfurter Allee zuwandten und die Mittelpromenade derselben füllten. In der Brauerei Friedrichsbain waren Saal und Galerien ebenfalls zum Platz gefüllt. Wer den Saal kennt, weiß, was das bedeutet. Hier namentlich waren auch die Frauen verhältnismäßig stark erschienen, wie es denn auch eine Eigenheit der geistigen Versammlungen zu sein schien, daß sie in umfangreicherer Maße als sonst von Frau und Mann gemeinsam aufgesucht wurden. Die Krise und die Leuerung haben die Massen der Proletarierfrauen in den Herrschenden recht unangenehmer Weise aufgerüttelt und aufgeklärt. Eigenartig wirkte der Andrang der Menge vor dem „Berliner Prater“. Hier konnten wir die größte Zahl von ausgeperrten Versammlungsbesuchern feststellen. Als wir auf unserer Rundfahrt die Kastanienallee passierten, bildeten trotz des strömenden Regens Tausende auf beiden Seiten des Fahrdammes Spalier. Ein eigenartiger, aber auch ein erhebender Anblick.

Lebendiger waren die Massen auf dem Gesundbrunnen, wo sie hin und herwogten. Selbst im höchsten Norden Berlins, wo in der Müllerstraße die Behauung schon spärlicher ist, fanden große Massen keinen Einlaß. Und als um 1/10 Uhr die Versammlung in Alt-Neubitz geschlossen wurde, bewegte sich eine mächtige Prozession von Regenschirmen aus dem Lokal heraus, empfangen von anderen Regenschirmen, die geduldig draußen diesen Augenblick abgewartet hatten. Allmählich erst verlor sich die Menge in den blankgerogeten Asphaltstraßen und lange dauerte es, bis die Straßen wieder das bei solchem Wetter sonst gewohnte Aussehen der Leere und Leere gewonnen hatten.

So waren die Versammlungen also durchweg — nicht nur die genannten — trotz der begleitenden ungünstigen Umstände rein äußerlich ein gewaltiger Erfolg. Aber auch der Geist, der in ihnen herrschte, verheißt einen solchen. Man brante geradezu auf einen Kampf, in dem man dem elend verreckten konservativ-liberalen den neuen agrarisch-ultramontanen Block auf den Düngerhaufen nachwerfen konnte. Und man höhnlachte über eine Regierung, die im gegenwärtigen Augenblick Worte, nichts als Worte zu finden vermag und energische Taten zur Durchführung der von ihr verlangten Reform völlig vermissen läßt.

Mit Jubel wurde überall die nachstehende Resolution angenommen:

„Die heute, Donnerstag, den 1. Juli 1900, Versammelten protestieren gegen die geplante ungeheuerliche Mehrbelastung des deutschen Volkes. Sie erklären es als einen frechen Vergewaltigungsversuch, daß der konservativ-merikale Block, der nur eine Minorität des deutschen Volkes repräsentiert, sich unterfängt, in der Zeit der schweren wirtschaftlichen Krise eine halbe Milliarde neuer Steuern fast ausschließlich den Besitzlosen aufzuerlegen, während die Besitzenden sich jeder neuen Steuer mit allen Mitteln zu entziehen suchen.“

Die Versammlung verurteilt gleichzeitig aufs schärfste die frivole Weigerung der unter das Joch der Agrarier gebeugten Regierung, die mörderischen Lebensmittelzölle aufzugeben. Sie protestiert mit aller Energie gegen das unerhörte Unterfangen des konservativ-merikalen Blocks, die Finanzreform im Reichstage durchzusetzen. Das deutsche Volk muß selbst über sein Geschick entscheiden können.

Deshalb fordert die Versammlung: Sofortige Auflösung des Reichstages und Neuwahl ohne behördliche Beeinflussung der Wähler.

Die Versammlung ist der Ueberzeugung, daß der Kampf gegen die Reaktion auf allen Gebieten geführt werden muß. Deshalb fordert sie: Demokratische Reform der gesamten inneren Verwaltung Deutschlands und insbesondere die Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts in Preußen, diesem Hort der Reaktion in Deutschland. Das deutsche Volk hat es satt, den herrschenden Klassen nur als Ausbeutungsobjekt zu dienen, in Rot und Elend rechtlos dahinzuleben.

Die Versammelten verpflichten sich, den Kampf nicht eher ruhen zu lassen, bis das Joch der Junker, Pfaffen- und Kapitalherrschaft gebrochen und das Ziel der Sozialdemokratie erreicht ist.“

Aus Königsberg wird uns telegraphiert: Massenhafte besuchte Volksversammlung unter freiem Himmel protestierte nach einem Referat des Gen. Haase gegen agrarischen Raubzug und erwartet, der Reichstag insbesondere die sozialdemokratische Fraktion werde nichts unversucht lassen, ihn zu vereiteln und die Reichstagsauflösung zu erzwingen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Lebendig verschüttet.

Bei dem Auswurf eines Brunnens auf dem Pionier-Übungplatz an der Sieboldstraße wurde ein Schachtmeister verschüttet; ein Arbeiter konnte gerettet werden.

Östliche Weltordnung.

Braunschweig, 1. Juli. (W. T. V.) Die Ehefrau des im Hause Schornhorststraße 4 wohnhaften Schriftsetzers Jäger erhängte, wie die „Braunschweiger Neuesten Nachrichten“ melden, während der Abwesenheit ihres Mannes ihre beiden Kinder und beging darauf Selbstmord ebenfalls durch Erhängen. Das Verbrechen ist in schlechten Vermögensverhältnissen zu suchen.

Zeppelin fliegt — ins Ausland.

Stockholm, 1. Juli. (W. T. V.) „Aftonbladet“ kann aus bester Quelle mitteilen, daß die schwedische Regierung bei dem Grafen von Zeppelin angefragt habe, ob er zwei Luftschiffe für Schweden liefern wolle. Graf Zeppelin erklärte sich dazu bereit.

Reaktion in der Türkei — Internationale Bänderbude.

Konstantinopel, 1. Juli. (W. T. V.) Die Kammer beendete heute die zweite Lesung des Streikgesetzes. Der Minister des Innern wandte sich gegen die Berechtigung der Arbeiter zur Syndikatsbildung, indem er deren schädliche Wirkung auf den Zustuf fremden Kapitals betonte. Nach lebhafter Debatte wurde das Verbot der Syndikatsbildung für die Arbeiter der öffentlichen Interessen dienenden Betriebe aufgenommen. Das Haus setzte sodann die Beratung der Militärverpflichtungssteuer für die Christen fort. Vorher nahm die Kammer den Antrag an, die nach London gehende Abgeordnetendeputation zu beauftragen, dem englischen Parlament einen Vorschlag zur Bildung eines internationalen Parlaments zu unterbreiten, das aus je 5 Mitgliedern aller Parlamente zusammengesetzt, im Interesse des Friedens und der Humanität wirken soll.

Neuer Schreden in Messina.

Rom, 1. Juli. (W. T. V.) Die Zahl der Opfer des neuerlichen Erdbebens in Messina sind noch unbekannt. Sehr schwerverwundete Personen wurden nach der Roten Kreuz-Station gebracht. Zahlreiche Personen sind leicht verwundet. Eine halbe Stunde nach dem ersten Erdbeben erfolgte ein neuer Stoß. Die Paule unter der Bevölkerung ist unbeschreiblich.

Reichstag.

272. Sitzung vom Donnerstag, den 1. Juli, nachmittags 1 Uhr.

Am Ministertisch: Herr v. Rheinbaben, Sydow.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die zweite Beratung der Novelle zum Brauereigesetz.

Abg. Dr. Rehner (Z.): Meine Freunde halten eine Finanzreform ohne wesentliche Heranziehung des Bieres nicht für möglich. Für die vor dem 1. Oktober 1908 betriebsfähig hergerichteten Brauereien will die Kommission die Steuer von den ersten 150 Doppelzentnern des in einem Rechnungsjahre verwendeten Malzes auf 7 M. ermäßigen; eine so starke Ermäßigung halten meine Freunde für unbedenklich und beantragen, statt 8 M. zu setzen: 12 M.

Abg. Dr. Weber (natl.): Nach den Beschlüssen der Kommission haben die ganz großen Brauereien eine verhältnismäßig geringere Belastung zu tragen als die mittleren und kleineren. Die Absicht der Regierungsvorlage, die kleinen und mittleren Betriebe zu schonen, wird durch die von ihr vorgeschlagene und von der Kommission angenommene Staffel nicht erreicht. Wir schlagen daher eine andere Staffelung vor, durch welche die kleineren und mittleren Betriebe geschont, die größeren aber stärker herangezogen werden, so daß die Steuer denselben Ertrag bringt. Auch wenn unsere Anträge angenommen werden, werden wir diese Brausteuer doch ablehnen (Hört! hört! rechts), da die Voraussetzung für unsere weitere Mitwirkung an der Finanzreform, die Einführung einer allgemeinen Vermögenssteuer, nicht erfüllt ist. (Bravo! links.)

Abg. Dr. Pöhlner (Z.): Herr Dr. Weber hat wieder von einer allgemeinen Erbschaftsteuer gesprochen und dabei jedenfalls an die abgelehnte Erbschaftsteuer gedacht. Aber die Erbschaftsteuer ist gar keine allgemeine Vermögenssteuer (Große Heiterkeit links), denn die potentesten Besitzer, die großen Aktiengesellschaften, werden von ihr nicht betroffen. (Zuruf links: Wem gehören denn die Aktien?) Redner befürwortet einen Antrag, der auf die bayerischen Verhältnisse Rücksicht nimmt. Ein Teil meiner bayerischen Freunde würden nur bei Annahme dieses Entwerfes für die Vorlage stimmen. (Hört! hört! links.)

Abg. Herr v. Camp: Dem Gedanken der Kontingentierung der Brauereien, den Kollege Weber in der Kommission zuerst angeregt hat, hätten wir näher treten sollen; denn die Brauereien gehen einem schweren Konkurrenzkampf entgegen, bei dem viele Leiden auf dem Felde bleiben werden.

Reichssekretär Sydow bekämpft die vom Abg. Weber beantragte Staffelung, weil die Steuer dann zu wenig bringe und auch nicht so leicht auf das Publikum abgewälzt werden könne. Dagegen befürwortet er die vom Abg. Rehner beantragte Erhöhung der Steuern von 8 auf 12 M. für die vor dem 1. Oktober betriebsfähig hergerichteten Brauereien.

Abg. Zubeil (Soz.):

Meine politischen Freunde werden gegen das Gesetz stimmen, aber nicht aus den Gründen der Nationalliberalen, die aus dem Bloß gedrängt sind und sich deshalb herbellassen, mit uns gegen die indirekten Steuern zu stimmen. Die Regierung hat es sehr leicht, durch eine vernünftige Reichsvermögenssteuer und Erbschaftsteuer 500 Millionen zu bekommen. Daher werden wir den vorgeschlagenen indirekten Steuern niemals zustimmen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wir werden auch wenig Verbesserungsanträge stellen, sie scheitern ja doch an der kompakten Majorität, die hier für die Finanzreform vorhanden ist. Für den Antrag Pöhlner werden wir stimmen, weil durch ihn der Schaden, der durch dieses Gesetz einem großen Erwerbstand zugefügt wird, nicht so fühlbar ist. Das Zentrum erinnere ich an den Delegiertentag der katholischen Arbeiter in Eisen; entgegen Giesberts haben sie scharf aufgefodert, gegen jede weitere Belastung der Arbeiterklasse zu stimmen! Auch der süddeutsche christliche Verein hat scharfe Stellung gegen jede weitere Belastung mit indirekten Steuern genommen. Trotzdem tritt das Zentrum für sie ein. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Arbeiter sind schon ungeheuer schwer durch die Krise getroffen, und das Zentrum ist bereit, eine weitere ungeheure Belastung auf ihre Schultern zu legen; denn das ist ja klar, daß eine Vierersteuer von 100 Millionen Mark, die, wie der Schatzsekretär soeben ausgeführt hat, auf die Konsumenten abgewälzt werden soll, in erster Linie von den Arbeitern getragen werden muß. (Lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wenn man das Wort „Finanzreform“ hört, bekommt jeder im Volk schon eine Gänsehaut, denn „Reform“ heißt ja hier nur Auspöcherung der breiten Massen. Die Arbeitermassen und die Mittelschichten sollen das Geld aufbringen. Hier nimmt die Regierung, was sie

irgend kriegen kann. Man kann auf sie das Wort von Crispinargen anwenden:

Ein Döns ging auf die Wiese,
Wo er nach Kräften fraß;
Da waren Blumen und Kräuter,
Was kimmerte ihn das weiter?
Für ihn war alles Gras. (Heiterkeit.)

Daß der Brauer die Steuer nicht zahlen kann, hat man eingesehen. Die Brauereien werden gezwungen sein, sie abzuwälzen. Aber auch die Gastwirte können sie nicht tragen, daher müssen Mittel und Wege gefunden werden, sie auf die Schultern der breiten Masse abzuwälzen. Hierzu ist eine Änderung des Schankgesetzes vorgeschlagen. Statt der Zehntelung soll eine Zwanzigteilung der Schankgefäße erfolgen. In Norddeutschland sind jetzt Schankgefäße von 1/10 Liter üblich. Aus einem Hektoliter werden also 330 Gläser ausgeschenkt. In Zukunft soll das Gefäß einen Viertelliter enthalten, aus dem Hektoliter sollen also 400 Gläser ausgeschenkt werden. Steigert sich der Konsum nicht, so bleiben von solchem Hektoliter 70 Glas übrig, und statt 5 bis 6 Hektoliter wird der Gastwirt nur noch 4 Hektoliter in der Woche ausschütten. Notwendigerweise wird also schon zufolge dieses Schankgesetzes die Produktion sinken, und die Regierung kann daher aus dieser Brauereivorlage unmöglich 100 Millionen Mark erhalten. Nun haben Sie auch

die Rechnung ohne die Konsumenten gemacht!

Glauben Sie denn, daß die Konsumenten nur eine Hammelherde sind? (Große Heiterkeit.) Ich wünsche im Interesse meiner früheren Berufskollegen, der Gastwirte, nicht, daß ein Krieg zwischen Konsumenten und Gastwirten ausbricht, aber so glatt, wie Sie meinen, wird die Sache doch nicht abgehen, daß die Konsumenten einfach damit einverstanden sind, anstatt 2/10 in Zukunft nur 1/10 für zehn Pfennige zu erhalten. Jedenfalls wird der Konsum unter diesen Umständen nicht zunehmen. Die Steuer von 1908 ist in allen Teilen auf die Gastwirte abgewälzt worden. Aus den Steuerlisten könnten sich die Verbündeten der Regierung leicht überzeugen, wie weit seit 1908 die Steuerkraft der Gastwirte herabgegangen ist. Der größte Teil der Gastwirte bis zu den feinsten Lokalen ist durch das Gesetz von 1908 außerordentlich schwer getroffen worden. Eine Kontingentierung würde die letzte Schaufel zu dem Grabe für die Gastwirte bedeuten. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Herren, die den Mittelstand schätzen wollen, sollten daher ihre Hand zu einer solchen Kontingentierung nicht bieten. Seit 1908 sind 189 Brauereien eingegangen, davon 18 allein in Konkurs geraten. 1908 sind die Gastwirte mit 29 Millionen belastet worden, jetzt sollen sie gar mit 100 Millionen belastet werden. An die große Zahl der Arbeiter, die dadurch wieder hinfällig werden, denkt man nicht. Selbst in den großen Vierpalästen ist der Konsum stark zurückgegangen. Gerade die Herren, die auf dem Standpunkte stehen, daß der Schnapssteuere zurückgedrängt werden muß, sollten doch nicht die Hand dazu bieten, daß nun auch das Bier in dieser Weise verteuert wird. Dadurch treiben sie doch mit Gewalt die Arbeitermassen dem Branntwein entgegen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Das scheint freilich die Absicht der Herren von der Rechten zu sein, die ja auch in allererster Linie die Schnapsbrenner sind.

Kußer durch die Belastung des Bieres werden die Gastwirte auch durch die Verteuerung der Zigarren, des Tabaks und durch die Zündholzsteuer getroffen. Dazu kommen die anderen Steuern, die das preussische Abgeordnetenhaus zumgunsten der Gastwirte beschlossen hat: eine Konzeptionssteuer, eine Vergnügungssteuer, eine Langsteuer — man sollte denken, Langen ist ein Vergnügen (Heiterkeit), aber es ist noch eine besondere Steuer darauf! Dann die Automatensteuer, die Polizeistundensteuer usw. Trotz seiner großen Belastung hat der heutige Gastwirtsstand noch nicht denken gelernt. Es handelt sich um 500 000 Menschen, die bisher bei allen patriotischen Festen mit Ihnen Durra geschrien und die sich bei den Wahlen auf die Seite der bürgerlichen Parteien gestellt haben. Vielleicht sehen die Gastwirte jetzt endlich ein, wo ihre wahren Freunde sitzen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Uns könnte diese Gesetzgebung ja recht sein, wenn nicht eben die Arbeiter dadurch so schwer getroffen würden. An einem kräftigen Arbeiterstand sollten aber auch die Herren rechts das größte Interesse haben. Und auch das Zentrum sollte dafür eintreten, daß das Volksgetränk, das Bier, nicht verteuert wird. Gerade wenn Sie Weltmachtspolitik treiben wollen, müssen Sie dafür sorgen, daß nicht der ganze Mittelstand und der Arbeiterstand geradegu ausgepöchert wird. (Lebhaftes Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Vizepräsident Paasche erteilt das Wort zu einer Erklärung anßerhalb der Tagesordnung dem

Jahreszeit nur die Erwartung und Voraussage der Sachverständigen. Eine lehrreiche Uebersicht über den Verlauf der Epidemie in Petersburg bis Anfang Mai gibt ein besonderer Bericht des „Lancet“. Der Höhepunkt wurde während des letzten Jahres in der zweiten Septemberwoche mit 2568 Erkrankungen und 1118 Todesfällen erreicht. Dann fand eine stetige Abnahme statt, doch hielt sich die Zahl von Erkrankungen und Todesfällen bis Anfang Februar auf bedenklicher Höhe. Das ungewöhnlich kalte Frühjahr tat der Epidemie dann weiteren wirksamen Abbruch, bis erst jetzt wieder die bedenkliche Zunahme erfolgte. Insgesamt starben in der Zeit von Ende August 1908 bis Mitte Mai 1909 in Petersburg mehr als 4000 Menschen an der Cholera, während die Zahl der Erkrankungen über 10 000 betrug. Eine ständige Besorgnis für Rußland und damit auch für das übrige Europa ist die Nachbarschaft mit Sibirien und benachbarten Ländern des nördlichen Orients, wo Epidemien der schwersten Krankheiten fast dauernd als Gespenster umgehen. Im russischen Asien und in der Mongolei ist es die furchtbare, gleichfalls in hohem Grade lebensgefährliche Krankheit mit dem Namen Zarabagan (Murmeltier), die eine verdächtige Ähnlichkeit teils mit der Pest, teils mit der Lungenseuche besitzt und ständig nach Europa hinübergedrohen scheint. Es sind einzelne Fälle dieser Krankheit auch schon in europäischen Rußland nachgewiesen worden. Nach den neueren Untersuchungen wird es immer wahrscheinlicher, daß diese Krankheit mit der Pest identisch und von den gleichen Keimen verursacht wird, daß aber die Anstehung durch Vermittlung der Murmeltiere erfolgt, worauf auch der Völkname hinweist. Es sind nachweislich Erkrankungen dadurch vorgekommen, daß Leute die postlichen Murmeltiere zu sich in ihre Behausung genommen haben. Die eigentliche Pest ist im nördlichen Orient im übrigen ziemlich erloschen, sowohl in Arabien wie in Bagdad, jedoch ist diese Feststellung nicht so sicher, daß nicht doch eine dauernde Aufmerksamkeit und Vorkehrung empfehlenswert wäre.

Theater.

Reinhardt in München. Dem Shakespearschen „Liebesauswandel“ und „Räuberstüchlein“ hat Reinhardt mit Recht seinen Untertitel „Faschade“ zurückgegeben und damit den Geist der Karretheit und des übermäßigen Schwelmenhumors als maßgebend für den Stil der Darstellung bezeichnet. Die Darstellung mit Wagnmann, Diegelmann, Moissi und Eychold in den Hauptrollen war denn auch erfüllt von echtem romantischen Märchenreiz. Die Julius Diezische Ausstattung hat das königliche Residenztheater erworben, deshalb hat Wilhelm Schulz neue Szenenbilder geschaffen, die zwar den Geist des vom „Simplicissimus“ her bekannten barock Märchenhaften haben, aber einen Kompromiß mit der alten Kulissenbühne andeuten. — Eine frei von

Staatssekretär v. Weismann-Hollweg:

In Presshäuserungen der letzten Tage wird verschiedentlich behauptet, daß sachliche Meinungsverschiedenheiten und persönliche Differenzen zwischen den Mitgliedern des Bundesrates und dem Reichskanzler beständen. Ich habe im Namen des Reichskanzlers und des Bundesrates (Abg. Singer (Soz.): Warum kommt er nicht selbst?) ausdrücklich diese Behauptungen als jeder Unterlage entbehrend zurückzuweisen. Der Bundesrat ist mit der Fassung und dem Gelingen des Reichskanzlers bei der Finanzreform durchaus einverstanden, und er ist dem Reichskanzler dankbar, daß er dem Kaiser und Reich den Dienst erwiesen hat, so lange im Amt zu bleiben, bis die Finanzreform in annehmbarer Gestalt erledigt ist. (Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Bayerischer Bundesratsbevollmächtigter Graf Verchenfeld:

Auch ich will noch ganz besonders die Behauptungen über angebliche Verstimmungen zwischen Mitgliedern des Bundesrates und dem Reichskanzler in das Gebiet der Fabel verweisen. Ich kann mit voller Ueberzeugung aussprechen, daß der Reichskanzler, der seit 12 Jahren dem Bundesrat angehört, mit allen Mitgliedern des Bundesrates die besten Beziehungen unterhalten hat. Insbesondere zweife ich die nun schon zum zweiten Male auftauchende Legende von einer persönlichen Verstimmung zwischen mir und dem Reichskanzler auf das entschiedenste zurück. (Bravo! rechts. Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Singer (Soz. zur Geschäftsordnung):

Ich bitte die Diskussion über die soeben gehörten Aeußerungen auf die morgige Tagesordnung zu setzen.

Vizepräsident Paasche (unterbrechend): Das müssen Sie bei Festlegung der Tagesordnung beantragen.

Abg. Singer (fortfahrend): Aber auch heute muß ich Vertretung dagegen einlegen, daß die Bundesratsmitglieder von ihrem durch die Verfassung gewährten Recht, zu jeder Zeit das Wort ergreifen zu dürfen, in einer Weise Gebrauch machen, die den Reichstag mundtot macht. (Lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten. Große Unruhe rechts.)

Vizepräsident Paasche: Außerhalb der Tagesordnung Erklärungen abzugeben, ist durchaus das Recht der Herren vom Bundesrat. (Abg. Singer (Soz.): Leider!) Sie haben das Recht, zu beantragen, eine Diskussion über solche Erklärungen auf die nächste Tagesordnung zu setzen. Dadurch ist die Parität vollständig gewahrt. (Zustimmung rechts. Widerspruch bei den Sozialdemokraten.)

Abg. v. Richter (L.): Zu der durch die Erklärung angeregten Frage selbst kann und darf ich jetzt nicht sprechen. Ich habe bei dieser Sachlage nur eine ganz kurze Erklärung abzugeben. (Große Unruhe links. Zuruf: Bierede! Große Heiterkeit.) In der Sache selbst kann ich nur erklären (Zink anhaltende Ruhe: Zur Sache! Ruhe rechts: Ruhe!): Unserer Partei liegt alles daran, daß die Reichsfinanzreform zustande kommt. Deshalb müssen wir persönliche Wünsche zurückstellen. (Zuruf links: Erbschaftsteuer!) Wir tun das und stimmen dem Gesetze zu in der Ueberzeugung, daß dadurch keine Belastung eintritt, die das Maß des Erträglichsten übersteigt. (Bravo! rechts.)

Abg. Steinil (Z.): In Süddeutschland entfallen 279 Liter Bier auf den Kopf der Bevölkerung, in Norddeutschland nur 98 Liter. (Heiterkeit.) Daher ist auch unser Interesse an der Brausteuer ein viel größeres. (Stürmische Heiterkeit.) Viele Landarbeiter wollen bei uns gar keinen Barlohn, aber Bier wollen sie! (Große Heiterkeit.) Mein Freund, ein Stadtpfarrer, hat mir erzählt, daß sein jährlicher Bierkonsum 1000 M. beträgt. (Erneute schallende Heiterkeit.) Meine kräftigen Worte mögen zum Teil Ihre Heiterkeit erwecken, aber sie werden bei uns als bittere Wahrheiten empfunden. (Sehr gut! links.) Wenn bei uns die Landarbeiter nur ein bißchen Wasser trinken, fallen sie bei der Arbeit um. (Große Heiterkeit.) Mit trockenem Brot und Bier arbeiten sie den ganzen Tag. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Hier habe ich am frühen Morgen Leute vom Schnaps befohlen auf der Straße liegen sehen. So etwas kommt bei uns nicht vor. Das Bier ist das kleinere Uebel. Die Antialkoholbewegung sollte dahin einsehen, daß sie den Schnaps genug bekämpft und den Biergenuß fördert! (Stürmische anhaltende Heiterkeit.) Die Ablehnung der Erbschaftsteuer bedauere

Kleines feuilleton.

Junge Anarchisten, alte Vekträder. Wieder hat einer jener französischen Salonanarchisten, die in den neunziger Jahren den Bourgeois durch ihre Umstürzlergesten verblüfften, seine Belehrung zum Merkmalismus in reklameartiger Weise demonstriert. Wie Maurice Barrès, der jetzige parlamentarische Anwalt des Waffenernterichts, wie Laurent Tailhade, der in sich vererbte konservative Ueberzeugungen gefunden, war auch Adolphe Kette ein Bildner, der an den Mauern der bürgerlichen Gesellschaft tobte und für die Sozialisten, die sie durch eine methodische Belagerung bezwingen wollten, nur ein verächtliches Rächeln übrig hatte. Kette, der die Geschichte seiner Belehrung in einem Buche „Von Teufel zu Gott“ erzählt hat, ist jetzt als Mönch in ein Benediktinerkloster bei Dinant in Belgien eingetreten.

Ein Sozialist als Urheber des Panamakanalprojekts. Vor einigen Tagen ist der Prinz Lucian Napoleon Bonaparte Wylse, ein Enkel Lucian Bonapartes, gestorben. Er war der erste, der eine regelrechte Konzession für den Durchstich der Landenge von Panama erworben hat. Der Gedanke dieses noch immer nicht verwirklichten Unternehmens, das aber in der kapitalistischen Korruptionsgeschichte schon eine wichtige Rolle gespielt hat, ist bedeutend älter. Bekanntlich bezieht sich auch ein Gespräch Goethes mit Eckermann darauf. Weniger bekannt dürfte es sein, daß der erste, der die Idee des Durchstichs klar ersah und für ihre Durchführung Propaganda gemacht hat, der große utopistische Sozialist Saint-Simon gewesen ist. Saint-Simon machte, wie so manche freigeistliche Franzosen, den Unabhängigkeitskrieg der Vereinigten Staaten gegen England als Freiwilliger mit. In der Seeschlacht bei Saintes wurde er verwundet und gefangen genommen. Bis zum Friedensschluß wurde er in Jamaiska festgehalten. Vor seiner Rückkehr begab er sich, nach einer Unterredung mit Franklin, zum Vizekönig von Mexiko und legte diesem das Projekt eines die beiden Ozeane verbindenden Kanals vor. Er war damals 23 Jahre alt. Vermutlich hat der spanische Grande den Vorschlag nicht ernst genommen, jedenfalls weiß man nicht, was aus dem ihm eingehändigten Entwurf geworden ist. Dem Vizekönig darf man zugutehalten, daß die Leuchten der bürgerlichen Wissenschaften die genialen sozialphilosophischen Gedanken Saint-Simon mit dem gleichen Hochnut abgetan haben. Die großen Ideen der Menschheit treten immer als Träumereien in die Welt, die die klugen Herren des Tages überlegen belächeln.

Die Epidemien in Rußland und dem Orient. Die Cholera in Rußland erfüllt mit ihrem Wüsten bei Beginn der warmen

den Prinzipien der Münchener Relief-Maler oder Phantasie-Bühne hat sich aber Reinhardt in den „Mäusern“ gemacht, mit denen er am Dienstag endlich den ihm und seinen Künstlern gebührenden großen, durchschlagenden und völlig unbefristeten Sieg auf Münchener Boden errungen hat. Der Kitz hat auf Flächen- und Wüstenwirkungen verzichtet und hat Prospekt, Kulissen, Galerien gemalt, die realistisch die Tiefe der Bühne vortäuschen. Damit hat sich Reinhardt endlich auf eigene Füße gestellt und die Welterbühne im posthumer Drama für überdunden erklärt. Wegener als Franz, Moissi als Spiegelberg erwecken helle Begeisterung. Ueber Verogis können wir man sich hier immer noch nicht im Klaren.

Notizen.

— Zepelin im Kinder und. Auffsehen erregende Ereignisse haben von jeher ihr Echo im Volksmunde, ja im Kinder-munde gefunden. Es ist daher nicht verwunderlich, daß die Schulmädchen in Nürnberg einen Reigen nach folgendem Text tanzen:

Zepelin hin, Zepelin her,
Zepelin hat kein Luftschiff mehr;
Zepelin hoch, Zepelin nieder,
Zepelin hat sein Luftschiff wieder;
Zipp—Zapp—Zepelin,
s Luftschiff ist schon wieder hin.*

Aber der Rhythmus und sogar die Reimbildung ist alt; fangen doch die Kinder in Halle bereits im ausgehenden 18. Jahrhundert, als der stadtbekannt Magister Lauffhard sich als Soldat hatte anwerden lassen:

Lauffhard hin, Lauffhard her,
Lauffhard ist kein Magister mehr.

— Ruther's letztes Werk, daß er noch wenige Wochen vor seinem Tode vollendet hat und das die Summe seiner bisherigen Lebensarbeit bilden sollte, ist eine umfassende neue Geschichte der gesamten Malerei vom Aufkommen des Christentums bis zur Gegenwart. Sie wird in drei Bänden mit etwa 2500 Abbildungen noch in diesem Jahre in Konrad Grethleins Verlag in Leipzig erscheinen.

— Lehrkanzeln für Flugwissenschaft. Die Pariser Universität hat gleichzeitig zwei bedeutende Zuwendungen erhalten. Der Großindustrielle Deutsch stiftete ein Kapital von 500 000 Fr. und eine Rente von 15 000 Fr. für die Errichtung eines ärztlichen Instituts und Herr Sadaroff 700 000 Fr. zur Errichtung einer Lehrkanzel für Flugwissenschaft an der naturwissenschaftlichen Fakultät. Der Universitätsrat beschloß, aus dem eigenen Fonds 10 000 Fr. zur Vermehrung der deutschen Rente beizustellen.

Ich nicht, die können wir am wenigsten abwägen. (Erneute stürmische Heiterkeit links.) Ich persönlich wäre ja für eine Erbschaftsteuer und werde mit Vergnügen dabei sein, wenn sie im bayerischen Landtag gemacht wird. (Lebhaftes Gort! hört! und Heiterkeit links.)

Abg. Dr. Bachmaier (fr. Bg.): Herr v. Nitzschow wollte hier seine Bedenken zurückstellen, um ein positives Ergebnis zu erzielen. Warum hat er das nicht auch bei der Erbschaftsteuer getan? (Sehr gut! links.) Der Herr Staatssekretär hätte uns vor allem eine Aufklärung darüber geben sollen, ob die Verbündeten Regierungen an der feierlichen Erklärung, die in ihrem Namen abgegeben worden ist, festhalten, daß sie eine Finanzreform nur dann für annehmbar halten, wenn die Voraussetzung der Erbschaftsteuer erfüllt ist. Das wäre uns mindestens so interessant gewesen wie die Stellung zum Reichsfinanzgesetz. Eine Erklärung wäre entscheidend gewesen für den Gang der Reform und für das Aussehen des Bundesrats in der Welt. (Lebhaftes Zustimmung links.) Solange diese Frage ungeklärt ist, müssen und werden wir der Brausteuern wie überhaupt den indirekten Steuern widersprechen. (Bravo! links.)

Abg. Bruhn (Antif.) erklärt, daß seine Freunde der Brausteuern zustimmen unter der Voraussetzung, daß es gelingt, mit dem Bundesrat eine Vereinbarung über Heranziehung des mobilen Kapitals zu vereinbaren.

Abg. Dr. Heim (Z.): Eine kleine Anzahl meiner Freunde wird gegen den § 6 und eventuell bei der dritten Lesung gegen die ganze Brausteuern stimmen. (Hört! hört! links.) Ich würde mich als Vorkämpfer schämen, wenn ich der Straulungierung unserer wichtigsten Exportartikel zustimmen würde. Der Minister v. Rheinbaben trinkt auch Bier, er sieht gar nicht nach Limonade aus. (Schallende Heiterkeit.) Als Herr Steinl davon sprach, daß der Entzerrter auch sein Bier trinkt, riefen Sie davon ab: Beim Vesper! Nein, bei uns in Bayern trinkt man fünfmal am Tage (Große Heiterkeit), und die Nahrung bei uns ist gut und kräftig, da gibt's nicht Margarine und sonstige Schmiermittel, wie hier in den feinsten Hotels. (Heiterkeit.) Die Liberalen hätten die 100 Millionen Biersteuer gestrichelt, wenn die Erbschaftsteuer angenommen würde. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Eine wirkliche Erbschaftsteuer müßte nach der englichen Gestalt sein und mindestens 300-400 Millionen Mark bringen. (Lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Ja, die Herren von der äußersten Linken tun sich sehr leicht: sie bewilligen, was ihnen paßt, und lehnen dann alles ab. (Sehr gut! und Heiterkeit im Zentrum.)

Abg. Dr. Weber (nat.) befragt nochmals die von ihm beantragte andere Stafflung der Biersteuer.

Abg. Dr. Säckum (Soz.):

Innere Stellung zu den Abänderungsanträgen ist leicht gegeben. Wir werden zwischen zwei Nebeln dem Kleineren den Vorzug geben und zunächst dem Antrag Richter und dann dem Antrag Weber zustimmen. Es läßt sich nicht verleugnen, daß in der Tat die bayerischen Verhältnisse stark beeinflusst werden würden, wenn die Kommissionsbeschlüsse angenommen würden. Es müßten dort unbillbare Zustände eintreten. Die Politik, die Herr Dr. Heim empfahl, die Brausteuerverhöhung um den Preis abzulehnen, daß wir dafür eine Erhöhung der Tabaksteuer in Kauf nehmen, müssen wir ablehnen. Die St. Florian-Politik „Verschon mein Haus, zünd' andre an!“ machen wir nicht mit, schon mit Rücksicht auf die Hunderttausende in der Tabakindustrie beschäftigten Arbeiter und ihre Angehörigen. Dr. Heim sprach das große Wort gelassen aus, warum die Liberalen ihre Stellung zu der Finanzreform von einer solchen Vagartelle wie der abgelehnten Erbschaftsteuer abhängig machen. Wenn das Zentrum diese Steuer für eine solche Vagartelle hält, warum hat es sie dann abgelehnt, zumal da die von Dr. Heim vertretenen bäuerliche Bevölkerung überhaupt dadurch nicht betroffen wird? (Sehr gut! links.) Und wenn er uns empfahl, lieber eine Erbschaftsteuer nach englichen Muster, die 300 bis 600 Millionen bringt, zu beschließen, so fürchte ich nur, daß er auch für eine solche Steuer nicht stimmen wird. (Sehr richtig! links.) Wir sind jederzeit bereit, auf dem Wege einer allgemeinen Vermögenssteuer oder einer Erbschaftsteuer nach englischem Muster die Finanzreform zu machen. Herr Dr. Weber sagt, zu seiner Freude wäre der Gedanke der Vierdoppeltierung durch den Abgeordneten Jubel verurteilt worden; das sehe im Gegensatz zu einem Beschluß des hannoverschen Gewerkschaftsartikels. Da ist er nicht genau unterrichtet. Der Vertreter für Hannover, mein Kollege Venz, hat mir mitgeteilt, daß ein solcher Beschluß des hannoverschen Gewerkschaftsartikels überhaupt nicht vorliegt. Bei dieser Gelegenheit ist beiläufig auch ein Wort davon gefallen, ob es nicht zweckmäßig sei, überhaupt den Biergenuß zu perhorreszieren; aber ein Beschluß ist in keiner Weise gefaßt worden. Also ein Gegensatz zwischen dem hannoverschen Gewerkschaftsartikel und den Ausführungen des Abg. Jubel besteht nicht.

Reichsfinanzsekretär Sydow wendet sich nochmals gegen die vom Abg. Weber vorgeschlagene Stafflung.

Damit schließt die Diskussion. Zunächst wird die zu § 6 vom Abg. Richter (Z.) beantragte Stafflung in namentlicher Abstimmung mit 188 gegen 161 Stimmen abgelehnt. (Dafür stimmen Zentrum und Sozialdemokraten.) Abgelehnt wird dann die vom Abgeordneten Weber (nat.) beantragte Stafflung. Angenommen wird die vom Abg. Jahn (Z.) beantragte Erhöhung von 8 M. auf 12 M. für die vor dem 1. Oktober 1908 betriebsfähig hergerichteten Brauereien. Der gefaßte § 6 wird dann in namentlicher Abstimmung mit 196 gegen 138 Stimmen bei 15 Stimmenthaltungen angenommen.

Abg. § 1 befragt

Abg. Dr. Säckum (Soz.) eine Erleichterung für die Brauereien, welche billiges Malzbier herstellen.

§ 1 wird angenommen, desgleichen eine Reihe weiterer Bestimmungen nach den Anträgen der Kommission.

Abg. Speck (Z.) befragt die Einfügung eines neuen § 8a, wonach bei der Einführung von Bier aus anderen deutschen Bundesstaaten in das Geltungsbereich dieses Gesetzes eine Uebergangsabgabe erhoben wird, welche den Betrag von 4,50 M. nicht übersteigen darf.

Finanzminister v. Rheinbaben:

Glückselig das Land, das Männer hat, die mit solcher Wärme für ihr Vaterland eintreten, wo der noch als Abstinenzler gilt, der täglich 1 Liter Bier trinkt. (Heiterkeit.) Wegen des starken Inlandskonsums ist die bayerische Brauerei in einer besseren Lage als die im übrigen Deutschland. Aber gehört es wirklich zu den unentbehrlichen Lebensmitteln, daß man in Bayern sage und schreibe 238 Liter Bier auf den Kopf der Bevölkerung trinkt, mitgerechnet auch das Kind an der Mutterbrust. (Heiterkeit.) In Deutschland trinkt man nur 98 Liter auf den Kopf der Bevölkerung; Sie sehen, was für Schwächlinge wir gegenüber den Bayern sind. (Heiterkeit.) Ich habe volles Verständnis für das bayerische Vergnügen (Zuruf: Bierberg! Gr. Heiterkeit), aber wir müssen Rücksicht nehmen auf die Lage der Reichsfinanzen. (Bravo! rechts.)

Der Antrag Speck wird abgelehnt.
Abg. Dr. Bachmaier (fr. Bg.) befragt einen Antrag, der den ordentlichen Rechtsweg gegen Maßnahmen der Steuerbehörden zulassen will.

Abg. Jahn (Z.) erklärt sich gegen den Antrag.

Abg. Dr. Säckum (Soz.):

Herr Jahn will statt der Rechtsprechung, die zu Verschiedenheiten führen könnte, die einheitliche Willkür der Verwaltung. Es kann nur von Vorteil sein, wenn auch Streitfälle in Steuerfragen der ordentlichen Rechtsprechung unterliegen.

Finanzminister v. Rheinbaben: Die Richter sind im allgemeinen in Steuerfragen nicht bewandert. Hier können nur Steuerkundige entscheiden.

Abg. Dr. Säckum (Soz.):

Nach diesem Grundlag dürften über einen Raubmörder nur Raubmörder zu Gericht sitzen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Das Gericht kann Steuerkundige als Sachverständige vernehmen.

Der Antrag Bachmaier wird gegen die Stimmen der Linken abgelehnt.

Artikel IV gestattet den Gemeinden, das Bier bis zu der Grenze von 65 Pf. pro Hektoliter zu besteuern.
Ein nationalliberaler Antrag verlangt, daß diejenigen Gemeinden, welche jetzt schon eine höhere Steuer vom Bier erheben, dies auch in Zukunft tun dürfen.

Abg. Stücken (Soz.):

Mehrere Gemeinden weisen in ihrer Eingabe an den Reichstag darauf hin, sie müßten, wenn der nationalliberale Antrag nicht angenommen würde, die direkten Steuern erhöhen. Sie wollen also das Bier höher besteuern, damit die reichen Leute weniger Steuern zu zahlen haben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Jahn (Z.) wendet sich gegen Stücken und beantragt, den Gemeinden, welche jetzt schon eine höhere Biersteuer erheben, dieses auch weiterhin durch die Landesgesetzgebung zu gestatten.

Dieser Antrag wird angenommen.
Abg. Weber (nat.) befragt einen Antrag, der eine Kontingentierung auf 5 Jahre für die jetzt bestehenden großen Brauereien verlangt.

Abg. Dr. Säckum (Soz.):

Herr Weber will den Antrag dadurch schmachtlich machen, daß die Kontingentierung nur auf fünf Jahre verlangt wird. Wenn aber ein solches Kontingent einmal besteht, so ist es sehr schwer, es wieder abzuschaffen. (Sehr wahr! bei den Soziald.) Das haben wir eben erst beim Branntweinsteuergesetz gesehen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die Abgg. Rommelen (fr. Bg.) und Speck (Z.) wenden sich ebenfalls gegen den Antrag.

Der Antrag Weber wird abgelehnt. Der Rest des Gesetzes wird nach unwesentlicher Diskussion nach den Beschlüssen der Kommission angenommen mit einem Antrage Jahn (Z.), daß Bayern, Württemberg, Baden und Elsaß-Lothringen an Stelle der Brausteuern an die Reichskasse für 1909 keine höheren Beiträge entrichten, als nach der Brausteuereinnahme für das Rechnungsjahr 1908 sich ergeben.

Darauf verlegt sich das Haus auf Freitag 1 Uhr.
Präsident Graf Stolberg schlägt vor, auf die Tagesordnung zu setzen das Tabakverbrauchssteuergesetz und das Gesetz über den Zwischenhandel des Reichs mit Branntwein.

Abg. Singer (Soz.) zur Geschäftsordnung:

Heute nachmittag haben zwei Vertreter des Bundesrats außerhalb der Tagesordnung Erklärungen abgegeben. Der amtierende Präsident hat eine sofortige Besprechung, die ich beantragt hatte, für nicht zulässig erklärt. Ich beantrage daher, eine Besprechung dieser Erklärungen als ersten Gegenstand auf die Tagesordnung der morgigen Sitzung zu setzen. Die Bestimmung der Geschäftsordnung, daß Mitglieder des Bundesrats jederzeit das Wort nehmen dürfen, kann lokalweise nur dahin verstanden werden, daß die Herren berechtigt sind, im Verlaufe der Diskussion außerhalb der Reihenfolge der Redner das Wort zu nehmen. Das geht aus daraus hervor, daß die Geschäftsordnung bestimmt, daß die Diskussion wieder eröffnet ist, wenn ein Vertreter des Bundesrats nach Schluß der Diskussion das Wort nimmt. Ich bin nicht der Meinung, daß die Geschäftsordnung den Herren das Recht geben wollte, zu sprechen, was und wann sie wollen, ohne daß der Reichstag in der Lage ist, darauf zu antworten. Die Erklärungen der Vertreter des Bundesrates sind politische Erklärungen, die wir entgegennehmen, wie eine Denkschrift oder eine andere Mitteilung des Bundesrates und der Reichstag muß die Gelegenheit haben, sie zu besprechen. Das kann nicht auf dem Wege der Interpellation geschehen, denn es handelt sich nicht um eine Anfrage, sondern um eine Erörterung von Mitteilungen, die sie in ihrer amtlichen Eigenschaft dem Reichstag gemacht haben. Ich würde es geradezu als eine Degradierung des Reichstags betrachten (Unruhe rechts, Weisfall links), wenn er auf das Recht verzichten wollte, das zu erörtern, was ihm vom Bundesrat mitgeteilt wird. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Es ist die Pflicht des Reichstages, diese Mitteilungen in den Kreis seiner Erörterungen zu ziehen, und deshalb bitte ich, zu beschließen, diese Besprechung als ersten Punkt auf die Tagesordnung zu setzen. (Lebhaftes Zustimmung links.)

Reichsfinanzsekretär Sydow (Zurufe bei den Sozialdemokraten: Ranul! zur Geschäftsordnung!): Ich mache vom Artikel 9 der Verfassung Gebrauch. Die Verfügungen der Mitglieder des Bundesrats, die jederzeit das Wort zu nehmen, beruht nicht auf der Geschäftsordnung, sondern auf der Verfassung, und deshalb habe ich keine Veranlassung, mich zur Auslegung der Geschäftsordnung zu äußern. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Sie hätten besser geschwiegen!) Nach der Verfassung hat jedes Mitglied des Bundesrats das Recht, jederzeit hier zu erscheinen und in den Ansichten seiner Regierung zu vertreten. Von diesem Recht hat der Stellvertreter des Reichsfinanzsekretärs heute Gebrauch gemacht.

Abg. Dietrich (L.): Die heutigen Erklärungen des Stellvertreters des Reichsfinanzsekretärs und des Bundesratsbevollmächtigten von Bayern haben wohl ein außerordentliches politisches Interesse, so daß sie geeignet wären, zum Gegenstande einer Besprechung gemacht zu werden. Es fehlt aber dazu an der geschäftsordnungsmäßigen Grundlage, da unsere Geschäftsordnung nur von Vorlagen, Besprechungen, Anträgen, Petitionen, Interpellationen, Sprüchen, sowie von Uebersichten und von Entschlüssen des Bundesrats auf Beschlüsse des Reichstags (Sachen links). Auch besteht kein allgemeines Interesse, eine Besprechung der schwebenden politischen Fragen hier noch einmal anzuhören. (Bravo! rechts, Unruhe links.)

Abg. Wassermann (nat.): In unserer Geschäftsordnung finde ich für die Auffassung des Abg. Singer keine rechte Grundlage. Sie enthält hier offenbar eine Lücke. Eine Besprechung über solche Erklärungen von Mitgliedern des Bundesrats kann natürlich auf die Tagesordnung gesetzt werden, wenn niemand widerspricht. In diesem Falle aber wird widersprochen. Materie! bin ich nicht der Meinung, daß die Erklärungen eine hohe politische Tragweite haben. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.)

Abg. Singer (Soz.):

Mit keinem Worte habe ich bestritten, daß die Herren vom Bundesrat jederzeit das Wort verlangen können. Was ich kritisiert habe, und wohl mit Recht, ist, daß die Herren debuzieren, sie können das Wort zu einer Zeit außerhalb der Diskussion nehmen, wo der Reichstag nicht darauf antworten kann. Ich halte das für einen Mißbrauch, der seitens der Herren vom Bundesrat heute nicht zum ersten Male verübt wird. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten) und der Reichstag hat die Verpflichtung, dagegen Widerspruch zu erheben. Herrn Wassermann gegenüber betone ich, daß der Reichstag durch Weisheitsbeschlüsse imstande ist, nach meinem Antrage zu verfahren. Bei dieser Frage, wo es sich um die Wahrung der Rechte des Reichstags handelt, sollte allerdings die einmütige Auffassung vorherrschen, daß der Reichstag verpflichtet ist, einmütigen Widerspruch gegen das Verfahren der Herren vom Bundesrat zu erheben. Würde das der Fall sein, so würde das auch auf die Herren vom Bundesrat die Wirkung nicht verfehlen. Die Art, in der solche Erklärungen abgegeben werden, ist keine angemessene Behandlung des Reichstages. Der Reichstag hat das Recht, zu verlangen, daß er nicht in die Lage gebracht wird, wie wenn ihm als einer Schikaffe vom Lehrer Vorhaltungen gemacht werden. (Große Unruhe rechts und im Zentrum, lebhafter Weisfall bei den Sozialdemokraten.)

Reichsfinanzsekretär Sydow: Der Stellvertreter des Reichsfinanzsekretärs hat ein Recht ausgeübt. Das darf doch nicht als Mißbrauch bezeichnet werden, zumal es geschehen ist, um Mißdeutungen zu vermeiden. (Weisfall rechts.)

Abg. Dr. Spahn (Z.): Ich halte daran fest, daß der Reichstag das Recht hat, derartige Erklärungen vom Bundesratsmitglied zu besprechen. In dieser Beziehung will ich die Auffassung des Abg. Singer. In dem vorliegenden Fall aber halte ich eine solche Besprechung nicht für zweckmäßig. Denn die Erklärungen bezogen sich

nicht auf Aufgaben des Reichstages, sondern auf Besprechungen und ehe der Wortlaut der Erklärungen nicht vorliegt, haben wir keinen Anlaß, sie zu besprechen. (Zustimmung im Zentrum.)

Der Antrag Singer wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der meisten Freisinnigen abgelehnt. (Rufe rechts: Aha!)

Es bleibt daher bei der vom Präsidenten vorgeschlagenen Tagesordnung.

Schluß 8 Uhr.

Gerichts-Zeitung.

Geheimratsprozeß.

Die Vorgeschichte des am Montag beginnenden Prozesses gegen den Reichlichen Geheimen Legationsrat Dr. Hammann, den langjährigen Bezugsverwalter im Auswärtigen Amt, reicht bis in das Jahr 1902 zurück. Am 20. Juni 1902 wurde auf Klage und Widerklage durch Urteil des Landgerichts II die Ehe des bekannten Architekten Prof. Dr. Ing. Bruno Schmitz, des Schöpfers des Kaiser-Wilhelm-Denkmal auf dem Hoffhäuser, des Kaiserin-Augusta-Denkmal in Koblenz, der Tonhalle in Zürich, des Kaiser-Wilhelm-Denkmal an der Porta Westfalica und vieler anderer architektonischer Werke, geschieden. Beide Eheleute wurden gleichmäßig als schuldige Teile erkannt. Geheimrat Hammann hatte im Jahre 1899 seine Gattin verloren, die ihm vier Söhne hinterließ. Er war mit Professor Schmitz befreundet, und zwischen ihm und der Frau Professor Schmitz bildeten sich Beziehungen heraus, die in dem Ehescheidungsprozeß eine wichtige Rolle spielten. Geheimrat Dr. Hammann ist seit April 1904 mit der geschiedenen Frau Professor Schmitz verheiratet, und in seiner Hauslichkeit befinden sich auch die beiden Töchter der Letzteren, deren Erziehung der Mutter zugesprochen worden war. Bezüglich dieser Tochter hatte sich Prof. Schmitz zur Vergabe von 200 000 M. bereit erklärt, aus deren Zinsen die Kosten der Erziehung und des Unterhalts bestritten werden sollten. Die Zahlung unterblieb jedoch, der Pfleger der Kinder und Frau Schmitz strengten Klage an und in dieser erhob Prof. Schmitz den Einwand, daß seine geschiedene Frau die Grundbedingung für die Vergabe des Erziehungsgeldes nicht erfüllt habe. Die Bedingung sei dahin gegangen, daß Frau Schmitz jeden intimen Verkehr mit Geheimrat Dr. Hammann einzustellen habe, bis dieser mit ihr die Ehe eingehen würde. Prof. Schmitz behauptet, daß seine geschiedene Frau diese Bedingung nicht erfüllt, sondern einen außerordentlich intimen Verkehr mit Geheimrat Dr. Hammann unterhalten habe. Frau Schmitz bestritt in dem Rechtsstreit entschieden diese Beschuldigung, ebenso Dr. Hammann, der am 17. Oktober 1903 von einem beauftragten Richter zeugeneidlich vernommen wurde. Dieser Eid soll ein wesentlich falscher gewesen sein. Prof. Dr. Schmitz hatte gegen hohes Entgelt einige Neugierde mit der Beobachtung der Vorgänge in der Wohnung seiner geschiedenen Frau betraut und auf Grund der Beobachtungen dieser Leute beschuldigte er in einer Druckschrift, die in der Öffentlichkeit verbreitet wurde und auch in die vorgerichtliche Verhandlung des Dr. Hammann ging, letzteren des Meineides. Dr. Hammann beantragte darauf bei der Staatsanwaltschaft des Landgerichts I die Einleitung des Strafverfahrens gegen sich. Die Staatsanwaltschaft verfügte die Einstellung des Verfahrens. Auf eine vom Prof. Schmitz hiergegen eingelegte Beschwerde ordnete die Oberstaatsanwaltschaft nochmals gerichtliche Vernehmung zahlreicher Zeugen an und das Ergebnis war, daß auch die Oberstaatsanwaltschaft die Einstellung des Verfahrens beschloß. Prof. Schmitz beruhigte sich aber hierbei nicht, er stellte vielmehr den Antrag auf gerichtliche Entscheidung. Das Kammergericht ordnete am 20. April d. J. die Erhebung der öffentlichen Klage wegen wissenschaftlichen Meineides an. Mit der Voruntersuchung wurde Landgerichtsdirektor Schmidt betraut, der bekanntlich auch in der Eisenburg-Affäre als Untersuchungsrichter fungierte. Auf Grund dieser Voruntersuchung beantragte die Staatsanwaltschaft wiederum, den Geheimrat Dr. Hammann außer Verfolgung zu setzen. Aber die 8. Strafkammer des Landgerichts I beschloß die Eröffnung des Hauptverfahrens. Der beschuldigte Dr. H. bestritt entschieden, sich der Verletzung seiner Eidespflicht schuldig gemacht zu haben. Zu der auf zwei Tage berechneten Verhandlung sind 15 Zeugen geladen, darunter die jetzige Ehefrau der Angeklagten, der Untersuchungsrichter, mehrere Geheime Regierungsräte, Professoren u. a. Den Vorsitz führt Landgerichtsdirektor Kausow, die Anklage wird vom Oberstaatsanwalt Dr. Freuh und Staatsanwalt Vorseit vertreten, die Verteidigung führen Justizrat Dr. Jrmier und Rechtsanwalt Leonh. Friedrichmann. Prof. Dr. Schmitz ist als Nebenkläger zugelassen, seine Sache wird vom Justizrat Bernheim-Würchen geführt. — Da in diesem Prozesse sehr viel schmutzige Wäsche gewaschen werden muß, soll während der ganzen Dauer der Verhandlung die Öffentlichkeit ausgeschlossen werden. In dem Prozeß soll es sich wesentlich um die Frage drehen, ob intimer oder nur ein diesem ähnlicher Verkehr vor der Ehe stattgefunden hat.

Konturvergehen.

Vor der 10. Strafkammer des Landgerichts I war gestern wegen Konturvergehens der Großschlächtermeister Wilhelm Lutzke angeklagt. Der Angeklagte hat als einfacher Schlächtergehilfe mit einigen Hundert Mark ein Geschäft gegründet, welches er in kurzer Zeit zu einem sehr rentablen und blühenden Unternehmen zu gestalten verstand. Der Angeklagte kaufte schließlich wöchentlich für zirka 20 000 M. Vieh ein, welches er schlachtete und dann weiterverkaufte. Im Herbst v. J. geriet der Angeklagte trotzdem in Zahlungsschwierigkeiten, da er selbst von Kunden im Stich gelassen worden war. Dies hatte zur Folge, daß er Anfang November selbst seinen Gläubigern mitteilte, daß er seine Zahlungen eingestellt habe. Bei dem Kontur stellte es sich heraus, daß er weder ordnungsmäßig Bücher geführt noch eine Bilanz gezogen hatte. Die Staatsanwaltschaft erhob deshalb Anklage wegen Konturvergehens. — Vor Gericht machte der Angeklagte geltend, daß er sich trotz seines Geschäftsumfanges als einfacher Handwerksmeister gefühlt habe und der Ansicht gewesen sei, daß er keine Bücher zu führen habe. Der als Sachverständiger geladene Bücherrevisor Henniger befandete, daß der Angeklagte bei seinen hohen Umsätzen als Volkswirtschaftler anzusehen sei. Das Gericht erkannte auf eine Geldstrafe von 20 Mark.

Unterschlagungen bei den Pfälzischen Eisenbahnen.

Vor der Strafkammer in Frankenthal kamen gestern die großen Unterschlagungen bei den Pfälzischen Eisenbahnen zur Verhandlung, die im Februar d. J. gelegentlich der Ueberführung des Privatbetriebes in den bayerischen Staatsbetrieb entdeckt wurden. Angeklagt war der 71jährige Kassierer Danner, der 44 000 M. unterschlagen hatte, um das Defizit zu decken, das die Kasse unter Leitung des Bureauvorstehers Bastian aufwies. Der Hauptbetrüger hatte sich den Armen der Justiz entzogen, indem er Selbstmord verübte. Danner, der nur das Werkzeug Bastians war, hat wohl kaum pekuniäre Vorteile von den Unterschlagungen gehabt, vielmehr ist anzunehmen, daß er vollständig willenlos unter dem Einfluß des Bastian stand. Das Urteil lautete auf 8 Monate Gefängnis. — Die Verhandlung kennzeichnete so recht das korrupte System in den Privatbetrieben der Pfälzischen Eisenbahnen, und das Regiment des Präsidenten des bayerischen Reichsrates Ritter v. Rabale, das immer als ein Muster hingestellt wurde, erfuhr ein vernichtendes Urteil. Während bei den Unterbeamten und Arbeitern die kleinsten Vergehen auf das schwerste geahndet wurden, brachte man den höheren Beamten ein grenzenloses Vertrauen entgegen.

Antlicher Marktbericht der holländischen Reichsballen-Direktion über den Großhandel in den Central-Marktsallen. Markttag: Freitag. Zufuhr genügend, Geschäft ruhig, Preise für Kaubfleisch nachgebend, Schweinefleisch anziehend. Wild: Zufuhr mäßig, Geschäft lebhaft, Preise fest. Geflügel: Zufuhr genügend, Geschäft schleppend, Preise nachgebend. Fische: Zufuhr genügend, Geschäft ruhig, Preise wenig verändert. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Früchte: Zufuhr genügend, Geschäft ziemlich fest, Preise wenig verändert.

Partei-Angelegenheiten.

Bur Lokalliste. Am 3. Juli er. veranstaltet die „Saarmanische Liedertafel“ mit anderen Vereinen gemeinsam im „Schloß Schönholz“ ein Konzert (Dir. Dehmelt). Da man bemerkt ist, hierzu besonders in den Betrieben der „A. E. G.“ Villotts umzusetzen, weisen wir darauf hin, daß das „Schloß Schönholz“ seit Jahren beharrlich zu Versammlungen verweigert wird.

Das diesjährige Sommerfest des 4. Kreises findet am Sonntag, den 4. Juli, in den Lokalen Seeterrasse-Lichtenberg, Ludwigs Viktoriagarten-Treptow, und in der Alten Taverne, Stralau, statt. Das Festkomitee hat es sich angelegen sein lassen, den Besuchern einige vergnügte Stunden zu bereiten und ist überall für reichhaltige und genuehreiche Unterhaltung Sorge getragen.

Die im Lokal Seeterrasse vorhandenen Räumlichkeiten begünstigen besonders die in Aussicht genommenen Veranstaltungen und künstlerischen Aufführungen. Auch für die junge Garde ist Sorge getragen. Auf der an das Lokal grenzenden Wiese werden unter Leitung von Mitgliedern des Turnvereins „Fichte“ Kinderspiele veranstaltet, so daß groß und klein, jung und alt auf ihre Rechnung kommen. Bei dem mäßigen Eintrittspreise wird natürlich auf Massenbesuch gerechnet.

Besitz Waldmannsdorf. Der Wahlverein veranstaltet am Sonntag, den 4. Juli, in dem direkt am Bahnhof gelegenen Lokale „Zum Bergschloß“ ein Volksfest. Die Lage des Lokals — eines der schönsten an der Nordbahn — vereint mit den Darbietungen verbürgt jedem Teilnehmer einige angenehme Stunden. Anfang 3 Uhr nachmittags. Eintritt 20 Pf. Die Genossen der Umgegend und von Berlin (Norden) sind hierzu eingeladen.

Zugleich eruchen wir die Genossen, zu beachten, daß das am Aufgange zum Festlokale gelegene Lokal von Heinrich der Arbeiterkraft zu Versammlungen nicht zur Verfügung steht. Frei ist nur das „Bergschloß“ und das „Schweizerhaus“, Dianastr. 26.

Berliner Nachrichten.

Die Ausplünderung Stellungsuchender. Es ist hinlänglich bekannt, welche Verhältnisse auf dem Gebiete der Stellenvermittlung für das Gastwirtsgeerbe bestehen. Ungeheure Summen müssen alljährlich von dem gastwirtschaftlichen Personal an die Stellenvermittler und Gefindevermietter gezahlt werden. Diese Ausbeutung Stellungsuchender ist in allen Ländern vorzufinden, sie grassiert in Frankreich und in England ebenso schlimm, als in Deutschland. In London sind es zum größten Teil Deutsche, welche vor allem die „Waterländer“ ausplündern (bekanntlich gehen alljährlich Tausende junger Kellner und Hotelbediener, auch junge Mädchen nach England, namentlich um die englische Sprache zu erlernen).

Seit einigen Monaten hat sich hier in Berlin, Finkstraße 22, ein Stellenvermittler namens Buchwald niedergelassen, der bis dahin in London seine „Geschäfte“ machte. Dort nannte er sich aber Baronet. Der „Gastwirtsgehilfe“ hatte die Erwartung ausgeprochen, daß die hiesigen Behörden dem Herren Buchwald-Baronet die Konzession nicht erteilen würden. Möglich, daß sie ihm auch verweigert wurde; aber ein smarter Geschäftsmann, wie Buchwald, weiß sich zu helfen. Er gründete einen Verein, den er „Internationaler Verband für Angestellte aller Branchen und Berufe Berlin-London“ nannte. Unter der Firma des Vereins ersieh er Inzerate, wonach Hotelpersonal, Diener usw. nach London gesucht wurden. Die Stellenjuchenden mußten 10 Pf. Eintritt und einen vollen Jahresbeitrag, insgesamt 22 M., im voraus bezahlen. Daraufhin erhielten sie ein Schreiben, gerichtet an eine Frau Andree in London W., 33 Edgware Rd., Hyde Park. Jeder glaubte, er sei wirklich engagiert, in einzelnen Fällen sagte Herr Buchwald zu den jungen Leuten, sie würden vom Bahnhof abgeholt, die englische Herrschaft wolle sie erst sehen, aber das Engagement wäre wohl sicher. Frau Andree aber entpuppte sich als eine Stellenvermittlerin, bei der die Ankommenden auf „Stellung warten“ können. Frau Andree steht mit einem anderen Londoner zu weiterer „Unterbringung“ überweist. Ein solcher Ueberweisungsbrief liegt uns vor, er trägt den bezeichnenden Vermerk: „Der Ueberbringer kommt natürlich von Berlin“.

Wenn die Kandidaten für die Londoner Stellung befürchteten, daß ihnen wegen Mittellosigkeit die Landung in England verweigert werden könnte (bei der Landung in England muß man nämlich mindestens 100 M. in barem Geld vorzeigen können), auch dann wußte Baronet-Buchwald einen Ausweg. Er gab einen Brief mit, den der Reisende bei einer etwaigen Revision bei der Landung vorzuzeigen hätte. Derselbe lautet, und liegen mehrere davon vor, in schlechtem Englisch etwa wie folgt:

„Ueberbringer dieses ... hat einen von der Polizei gestempelten Reisepaß und ist engagiert durch Madame Andree-London W., 33 Edgware Rd., Hyde Park. Bitte seiner Landung keine Schwierigkeiten in den Weg zu legen.“

Das interessanteste an der Sache kommt noch: Eine besorgte Mutter hier in Berlin wandte sich um Auskunft über das Haus Andree an das Generalkonsulat in London und erhielt ein Schreiben, worin es heißt, daß das Generalkonsulat außerstande sei, zu Stellenungen irgendwelcher Art nach Großbritannien zu verhelfen. In bezug auf das Bureau Andree heißt es dann förmlich: „Ohne Uebernahme der Verbindlichkeit bemerke ich, daß hinsichtlich der Vertrauenswürdigkeit des von Ihnen genannten Bureaus kein Bedenken besteht.“ — In einer Anlage werden sodann eine Reihe Stellenvermittlungsbureaus genannt; das erste derselben „für Kellner“ ist Hoffmann, Rathbone Place, einer der gefährlichsten Stellenvermittler in London.

Das Geschäft des Herrn Baronet muß übrigens glänzend gehen. Und liegen eine ganze Anzahl von ihm unterzeichneter Quittungen vor. Die letzte ist am 14. Mai ausgestellt und trägt die Nummer 194. (Herr Baronet hat sein Berliner Geschäft erst im Februar dieses Jahres eröffnet). Die meisten der uns vorliegenden Quittungen lauten auf 22 M. Es müssen sonach ungeheure Summen sein, die dieser geschickte Geschäftsmann „verdient“. Die meisten opfern ihr letztes Geld und kommen dann gänzlich mittellos in London an, wo viele von ihnen dem physischen und moralischen Untergang entgegengehen.

Und wie kommt es, daß ein Mann, wie Buchwald-Baronet unter den Augen der sonst so wachsam prüfenden Polizei die „Geschäfte“ mit stellunglosen jungen Leuten unbehelligt weiter treiben kann?

Der Englische Gartenboudirektor und städtische Gartendirektor Hermann Kästing ist in der letzten Nacht nach kurzer Krankheit unerwartet im vollendeten 75. Lebensjahre in seiner Amtswohnung im Humboldtthain gestorben. Ein volles Menschenalter hindurch hat der Verstorbene an der Spitze der Gartenverwaltung gestanden.

Warnung vor Schlafstellenwindler. Mit einem neuen Triad arbeitet ein Schlafstellenwindler, durch welchen zahlreiche Bewohner der Kolonie Wilbau gefährdet wurden. Der Betrüger hatte sich in dem Bureau der Schwarztopfischen Maschinenfabrik, in welchem die Zimmervermieter freie Schlafstellen zu melden pflegen, die ganze Liste abgeschrieben und ging dann von einer Wohnung zu der anderen. Ueberall miethete er sich ein und erklärte, seine Sachen, die sich auf dem Bahnhof Reutchen befänden, holen zu wollen. Er hat die Wirtin, ihm einige Mark zu leihen, weil sein Geld sich in dem Koffer befände. Der Gauner machte einen so vertrauens-erweckenden Eindruck, daß es ihm bei seinem sicheren Auftreten fast in allen Fällen gelang, Geldbeträge in Höhe von 8—4 M. zu er-

halten. Der Betrüger ist etwa 1,60 Meter groß, hat schmales, blaßes Gesicht, keinen schwarzen Schnurbart, dunkles Haar und trägt einen graubraunen Anzug.

Ein zweiter Schlafstellenwindler mietet meist solche Logis, in denen bereits Schlafbüschchen wohnen und zieht auch zu. Er bleibt in der Wohnung gewöhnlich ein bis zwei Tage und bemutet dann eine passende Gelegenheit, um die Koffer der anderen Schlafkollegen zu erbrechen und ihnen ihre Ersparnisse zu stehlen. So sind in den letzten vierzehn Tagen nicht weniger als acht solcher Diebstähle aus den weßlichen Vororten gemeldet.

Ein dritter Schlafstellenwindler arbeitet in den nördlichen Vororten in der Weise, daß er beim Besichtigen der Schlafgelegenheit Unwohlsein vorspielt, sich von der Wirtin ein Glas Wasser holen läßt und in der kurzen Zeit des Alleinseins irgendwelche Wertgegenstände sich aneignet.

Ein Glendebild, Arbeitslosigkeit und Krankheit brachten einen Bruno Gerbrich soweit herunter, daß er gestern morgen auf der Straße starb. Erst am 18. Juni aus dem Krankenhaus entlassen und ohne Wohnung, lag er gestern morgen um 8 Uhr bewußtlos in dem Hause Königstraße 17. Man brachte ihn nach dem Posthofe, wo aber nur noch der Tod festgestellt werden konnte. Nach einigen Schriftstücken hat Gerbrich nur zeitweilig Arbeit finden können und vorübergehend auch im Familienobdach gehohnt.

Aus dem Straßenverkehr. Infolge Versagens der Steuerung fuhr Mittwoch mittags die Kraftdroschke Nr. 6002 vor dem Hause Am Königsgraben 15d in scharfem Tempo gegen einen Pflasterstein. Infolge des Anpralls wurde der Fahrgast der Droschke, der 38 Jahre alte Direktor Julius Wacker, durch die vordere Glasscheibe auf das Straßenpflaster geschleudert. Ein Schuhmann brachte den Verunglückten nach der Unfallstation in der Reibelsstraße, wo der Arzt mehrere tiefe Schnittwunden im Gesicht feststellte, ihm Verbände anlegte und ihn mittels Droschke nach seiner Wohnung schaffen ließ. Die Kraftdroschke, an der Vorderachse und Steuerung zerbrochen waren, mußte aus dem Betriebe gezogen werden.

Beim unachtsamen Ueberkreuzen des Fahrweges vor dem Hause Potsdamer Straße 10/11 wurde am Sonntag abends der 36 Jahre alte Kellner Karl Dujak durch einen Kraftwagen umgestoßen. Man brachte ihn in einer Droschke nach der Unfallstation in der Köthener Straße, wo der Arzt eine Wunde am Hinterkopf sowie eine Gehirnerschütterung feststellte und seine Ueberführung nach dem Elisabeth-Krankenhaus veranlaßte. — Vor dem Hause Schöneberger Ufer 86 erfolgte vor-mittags ein Zusammenstoß zwischen einer Pferde- und einer Kraftdroschke, wobei die erstere umstülzte und ihr Führer, der 41 Jahre alte Droschkenfahrer Hermann Jilm, vom Kopf geschleudert wurde. Man brachte ihn nach dem Krankenhaus Roabit, wo er — anscheinend mit einem Oberschenkelbruch — Aufnahme fand. Die Droschke ist schwer beschädigt.

Vor der „Deutschen Kranken-Unterstützungs-Kasse“ in Kassel, hiesiger Vertreter Benedetto Guilleaume, Kaiserstr. 25b, früher C. Peter, Alexanderstr. 14c, warnt nun auch der hiesige Polizeipräsident unter Hinweis darauf, daß die Beiträge der Mitglieder nur zum kleineren Teile zur Erfüllung des Kasenzwecks Verwendung finden.

Arbeiter-Bildungsschule. Am Sonntag, den 4. Juli: Familienausflug nach Sadowa-Mahlisdorf-Süd. Abfahrt des Zuges ab Alexanderplatz 8.58, Zammowitzbrücke 9.01, Schließpunkt Bahnhof 9.04. Treffpunkt für Nachzügler bei 10 1/2 Uhr: Restaurant „Waldschänke“ (Nah. Tölbitz), dicht am Bahnhof Sadowa gelegen. Von 12 Uhr mittags ab: Restaurant „Heidelburg“ in Wahlisdorf-Süd, zu erreichen vom Bahnhof Köpenick zu Fuß oder direkte Verbindung mit der dortigen städtischen Straßenbahn. Zahlreiche Beteiligung der Mitglieder nebst Angehörigen und Freunden der Schule erwartet.

Inhaber von Fahrrädern werden anläßlich der sich tagtäglich häufenden Fahrraddiebstähle darauf hingewiesen, ihr Rad nie unbeaufsichtigt stehen zu lassen. Das ist manchmal zwar nur schwer möglich, aber doch erforderlich, soll Fahrradmadern das Handwerk nicht gar zu leicht gemacht werden. Am 22. Juni wurde an der Ecke der Koch- und Friedrichstraße einem Arbeiter das Rad gestohlen. Es trägt die Marke „Reform“ und die Nr. 126 713, Halbrenner, Rahmen schwarz mit roten Streifen, nach oben gebogener Lenkstange, Freilauf mit Nidritzbremse, vernickelten Speichen, Laufräder gerippt mit breiten roten Streifen, Sattel braun und braune Werkzeugaufsätze. Mitteilungen über den Verbleib des Rades wolle man an B. Deinet, Mariendorf, Strellitzstr. 8 III, gelangen lassen.

Der Arbeiter Otto Koffe, Sadstr. 65, kam am Montag früh um sein Rad, als er sich in ein Haus Köpenicker Str. 29 schlüpfte, um sich vor dem starken Regen zu schützen. Beim Lesen einer Zeitung schlief er ein, und als er nach 10 Minuten erwachte, war das Rad verschwunden. Es trägt folgende Kennzeichen: schwarzer niedriger Rahmen, Marke „Delphin“ Nr. 208 mit vernickelten Enden, hochgebogener Lenkstange, Schweinfurter Torpedofreilaufsaube, mit Nidritzbremse, umschaltbar. Grobes Kettenrad, volle Stahlscheibe, innen schwarz emailliert mit Inskript „Delphin“, sowie rotem Gummi. Bei Anhaltspunkte über den Verbleib des Rades machen kann, wende sich an obige Adresse.

Straßensperrung. Die Großerhörsenstraße von der Potsdamer Straße bis zur Steinmetzstraße (einschließlich Kreuzdamm) wird wegen Abhaltung vom 1. d. M. ab, die Lindower Straße von der Mäherstraße bis zum Mittelbedplatz wegen Kanalarbeiten bis auf weiteres für Fußworte und Reiter gesperrt.

Feuerechricht. Wegen eines sehr gefährlichen Kellerbrandes wurde gestern früh der 17. Zug nach der Markgrafenstr. 13 alarmiert. Als die Feuerwehr erschien, schlugen die Flammen, genährt von Spirituosen, schon hell aus den Kellerfenstern und in dem über den Keller befindlichen Laden hinein. Brandmeister Bradow ließ sofort kräftig Wasser geben und dann einen Feuermann mit einem Feuerhugangang ausgerüstet in den brennenden Raum einbringen. Es gelang, den Brand auf den Keller des Vorderhauses zu beschränken. Derselbe Zug hatte in der Lindenstr. 38 zu tun, wo in einem Keller wohl an hunderttausend Stück Preßhollen lagerten und sich entzündet hatten. Die Löschung dieses Brandes erforderte viel Arbeit. Ferner mußten noch Preßhollenbrände auf dem Anhalter und Nordbahnhof Vernaunerstraße, sowie anderen Stellen gelöscht werden. Feit u. a. brannte in der Weißbachstr. 2, Stroß u. a. in einem Stalle An der Säule Nr. 13 und Papier u. a. in einem Keller Mauerstr. 63/65. Durch Umfallen einer Spirituskanne, wobei sich der Spiritus entzündete, kam Waldemarstraße 18 Feuer aus. Weitere Meldungen liefen vom Jonskirch-Platz 12 und anderen Stellen ein.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Aus der Stadtverordneten-Versammlung. Die Sitzung vom Mittwoch, die letzte vor den Ferien, zog sich bis nach Mitternacht hin. Auf der Tagesordnung standen nicht weniger als 26 Punkte, darunter eine ganze Reihe Vorlagen von weittragender Bedeutung. Wie durch unseren Genossen Dr. Vorchardt am Schluß der Sitzung festgestellt wurde, sind die jetzigen Zustände in der Stadtverwaltung einfach unhaltbar, es finden nur alle 14 Tage bis 3 Wochen Sitzungen statt, deren Tagesordnung gewöhnlich so überladen ist, daß von einer ordnungsmäßigen Erledigung der Geschäfte gar nicht die Rede sein kann. Trotzdem begnügte sich die Mehrheit damit, auch für das zweite Halbjahr 1909 nur zwei Sitzungen pro Monat festzusetzen; man kann also von vornherein annehmen, daß keine Besserung in den Verhältnissen eintritt.

Nach Erledigung einiger kleinerer Vorlagen nahm die Versammlung den Bericht des Ausschusses über die Vorlage betreffend Neugestaltung des Normal-Besoldungs-etats für die Leiter, Lehrer und Lehrerinnen an den städtischen Schulen entgegen. Die Liberalen, die sich bei der ersten Lesung in der Rolle der Opposition gefielen und die Vorlage als lange nicht weit genug gehend bezeichnet hatten, waren im Ausschusse wieder einmal umgefallen, sie hatten im wesentlichen den Anträgen des Magistrats zugestimmt, nur für die Oberlehrer an höheren Lehranstalten hatten sie etwas mehr herabgeschlagen. Unsere Genossen beantragten im Plenum: 1. in Bezug auf die Gehälter der Oberlehrer Wiederherstellung der Magistratsvorlage, 2. in Bezug auf die Direktoren an den Gemeindefchulen Erhöhung der Amtszulage von 1200 auf 1300 Mark, 3. in Bezug auf die Lehrer an den Gemeindefchulen eine Erhöhung der Ortszulagen, deren Konsequenz eine Erhöhung des Gesamteinkommens in den unteren und mittleren Gehaltsstufen gewesen wäre, 4. in Bezug auf die weiblichen Lehrkräfte die Gewährung von mindestens 80 Prozent der Gehälter der Lehrer in vergleichbarer Tätigkeit, soweit gesetzliche Bestimmungen dem nicht im Wege stehen.

Genosse Dietz charakterisierte den Umfall der Liberalen, die anstatt auf ihren Anschauungen zu beharren, ohne weiteres vor dem Magistrat zu knieen gelassen und den Kampf sofort aufgegeben hätten. Leider hätten die leitenden Personen aus Lehrerkreisen schon vor der Ausschussberatung ein Kompromiß mit dem Magistrat und der Mehrheit geschlossen, sie müssen sich also damit abfinden, daß sie weniger bekommen, als sie ursprünglich gefordert hatten. Wenn die Sozialdemokraten trotzdem für eine weitere Aufbesserung der Lehrergehälter seien, so mit Rücksicht auf die Zukunft, damit der Stadt nicht später geeignete Lehrkräfte durch andere Gemeinden entzogen werden. Redner begründete sodann im einzelnen die sozialdemokratischen Anträge, um am Schluß gegen den Vorwurf zu protestieren, daß seine Freunde sich etwa von parteipolitischen Erwägungen leiten ließen. Ein solcher Vorwurf sei um so weniger angebracht, als auch in Charlottenburg die Lehrer noch immer die Grundpfeiler des Bezirksfreiwilts seien.

Wie vorausgesehen war, wurden sämtliche sozialdemokratischen Anträge abgelehnt und die Anträge des Ausschusses angenommen.

Eine interessante Debatte entfielte folgende sozialdemokratische Interpellation betr. den Gemeindefriedhof: „Wiederholt sind in letzter Zeit in Charlottenburg Leichen länger als eine Woche unbestattet geblieben. — Die Unterzeichneten richten an den Magistrat die Anfrage, ob er diesen Vorfällen, welche von neuem den Mangel eines Gemeindefriedhofes in der Bevölkerung lebhaft zur Empfindung gebracht haben, seine Aufmerksamkeit zuwenden hat und welche Schritte er unternommen hat oder zu unternehmen gedenkt, um schleunigst die Anlage eines Gemeindefriedhofes in nicht zu großer Entfernung von der Stadt zu erreichen.“ Genosse Dr. Vorchardt begründete die Interpellation an der Hand eines reichhaltigen Materials, aus dem hervorgeht, daß wiederholt Leichen von Dissidenten infolge des eigenartigen Verhaltens der kirchlichen Behörden länger als eine Woche auf die Beerdigung warten mußten, er schilderte die Folgen solcher Mißstände und verlangte dringend Abhilfe. Bürgermeister Matting konnte die von dem Redner angeführten Fälle nicht in Abrede stellen, er schob die Schuld daran auf die Regierung, und tatsächlich läßt das von ihm zur Kenntnis gebrachte Material keinen Zweifel darüber aufkommen, daß die Regierung die Errichtung eines Gemeindefriedhofes in Charlottenburg nicht gefördert hat. Augenblicklich ist noch Ansicht des Magistrats der Not dadurch gesteuert, daß auf dem Stahmsdorfer Kirchhof ein besonderer Block für solche Toten reserviert wurde, die nicht der christlichen Kirche angehören. Nachdem namens der Liberalen Stadtd. Volkmann die Schaffung eines Gemeindefriedhofes für dringend notwendig erklärt hatte, übte Genosse Gohert scharfe Kritik an dem Verhalten der Regierung und der kirchlichen Behörden, wobei er sich einen Ordnungsruf zugog, weil er sich zu der Regierung vertieg, die Regierung lege den städtischen Körperschaften Anspiegel in den Weg. Man ist im Charlottenburger Stadtparlament feinfühligere als in irgend einem anderen Parlament der Welt. Obwohl die Debatte noch lange nicht erschöpft war, wurde sie von der Mehrheit gewaltsam beschlossen. Die sozialdemokratische Fraktion wird nach den Ferien in irgend einer Weise auf die Angelegenheit zurückkommen, da sie gar nicht daran denkt, sich auf diese Weise mundtot machen zu lassen.

Zur Annahme gelangten die Vorlagen betr. Zustimmung Charlottenburgs zur Schöneberger Untergrundbahn, betr. Abschluß eines Grenzregulierungsvertrages zwischen Charlottenburg und Schöneberg, betr. Abschluß eines Prozeßvergleichs mit Schöneberg sowie betr. Abänderung der Fluglinien am Reichslanzlerplatz.

Gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und zweier bürgerlicher Vertreter erklärte sich die Versammlung mit der vom Magistrat beantragten Erhöhung der Kurkostenlage in den städtischen Krankenhäusern einverstanden. Die Verlesung unserer Genossen Girsch und Vogel, noch in letzter Stunde die Annahme dieser die Volksgesundheit schwer schädigenden Vorlage zu verhindern, scheiterten an dem Widerstand der Liberalen, die in früheren Jahren jede Erhöhung der Kurkosten bekämpft hatten, während sie jetzt gar nicht warm genug dafür eintreten können.

Ohne Ausschussberatung genehmigte die Versammlung die Vorlage betr. Bewilligung von Mitteln zur Beschäftigung beschränkt erwerbsfähiger Personen. Der Sozialdemokratische Genosse Girsch bemängelte die Schädlichkeit dieser sozialpolitischen Spielerei, die wir bereits eingehend gemahnt haben, nachzuweisen, er wies darauf hin, daß die Beschäftigung beschränkt erwerbsfähiger Personen zu solchen Minimallohnen die Gefahr einer Leihdrillerlei überhaupt in sich birge, daß das ganze Niveau der Arbeiterklasse dadurch herabgedrückt werden könne und daß auch die Erwartung einer Entlastung des Armenrats kaum in Erfüllung gehen dürfte. Die Mehrheit war in ihrer Hurraffassung diesen Erwägungen unzugänglich, sie wollte nicht einmal von einer Ausschussberatung etwas wissen. Die Sozialdemokraten stimmten natürlich gegen die Vorlage.

Endlich beschäftigte sich die Versammlung noch mit dem sozialdemokratischen Antrag, der den Magistrat um Erhebungen über die Ursachen der bei dem Neubau des Charlottenburger Wasserwerks auf den Konventwiesen zwischen den Arbeitern und der ausführenden Firma ausgebrochenen Differenzen und um Mitteilung des Ergebnisses der Erhebungen ersuchte. Im Gegenlag zu unserem Genossen Girsch, der sich in der Begründung des Antrages bemühte, eine objektive Schilderung der Vorgänge zu geben, die zu der Arbeitseinstellung geführt hatten, stellte sich der Vertreter des Magistrats Stadtrat Seydel bößlich auf die Seite der Unternehmer. Wie das im Magistrat gang und gäbe ist, hatte der Stadtrat Erkundigungen einzig und allein bei den Unternehmern eingezogen, dagegen keinen einzigen Vertreter der Arbeiter gehört, und diese Erhebungen suchte er der Stadtverordnetenversammlung als unaufrichtiges Material vorzutragen. Den Liberalen genügten die Mitteilungen des Magistratsvertreter selbstverständlich, sie erklärten sich davon voll befriedigt, während es unseren Genossen Will und Girsch ein leichtes war, verschiedene von dem Vertreter des Magistrats vorgebrachten „Tatsachen“ auf der Stelle zu entkräften. Genosse Girsch bekam dabei einen Ordnungsruf, weil er durchaus nicht einsehen wollte, daß die Schilderung des Magistratsvertreter obsektiv gewesen sei. Vielleicht gibt der Vertreter demnächst ein Verzeichnis erlaubter Ausdrücke heraus. Der Antrag selbst wurde abgelehnt, doch kündigten unsere Genossen bereits an, daß sie nach den Ferien auch auf diese Angelegenheit zurückkommen werden, damit die volle Wahrheit an den Tag kommt.

Wilmersdorf.

Die Stadtverordnetenversammlung hatte sich in ihrer Sitzung vom 30. Juni mit vier Vorlagen zu befassen, die die Neuregelung der Besoldungen für die Beamten, Lehrer und Arbeiter der Stadt betrafen. Nach den Besprechungen des Berichterstatters in Sachen der Gemeindefachlehrer-Besoldung hat der mit der Prüfung der Magistratsvorlage betraute Ausschuss die Gehälter nach den von den Städten Charlottenburg und Schöneberg beschlossenen Sätzen formiert und in dem Falle, daß diese Sätze Differenzen aufwiesen, sich für Wilmersdorf nach der günstigeren Besoldung gerichtet. Ein Stadtverordneter hielt es für angebracht, gegen eine von Herrn M o m m s e n in der Berliner Stadtverordnetenversammlung getane Aeußerung zu protestieren, die auf einen Tadel darüber hinausläuft, daß die Vororte die von der Stadt Berlin gezahlten Gehälter angeblich zu überbieten suchen.

Die Besoldungen der Techniker, Feuerwehrlente und Arbeiter waren gemeinsam in einer Vorlage behandelt worden. In einer kommunalen Körperschaft, in die auch das Proletariat Männer seines Vertrauens hat entsenden können, ist es selbstverständlich, daß auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der städtischen Arbeiter auch in der öffentlichen Erörterung gebührend Bedacht genommen wird. Anders in Wilmersdorf. Hier tritt man sich des langen und breiten darüber, ob ein Diplomingenieur und ein diplomierter Ingenieur im Range gleich zu bewerten seien, doch war, wenn man von einer relativ belanglosen Anfrage absteht, von den Arbeiterverhältnissen mit keinem Worte die Rede.

Gleich den hier erwähnten Vorlagen wurde dann noch die Besoldungsfrage der Oberlehrer im Sinne der Magistratsvorlage erledigt.

Dann erledigte die Versammlung einen Antrag auf Erhöhung der Magistratsgehälter. Man war in dieser Hinsicht recht spezifisch. Der erste Bürgermeister soll ein Jahresgehalt von 20 000 M. erhalten, das bis zu 24 500 M. steigt, der zweite Bürgermeister ein Gehalt von 16 000 M., das bis zu 19 000 M. hinaufsteigt. Weiter erhalten die Stadthauptleute 11 000 bis 14 000 M., der Stadtkämmerer 9500 bis 12 500 M. und die besoldeten Stadträte 8000 bis 11 500 M. Den Ratsmitgliedern darüber, ob es nach der Geschäftsordnung zulässig sei, diese Gehaltserhöhung ohne Ausschussberatung zu beschließen, begehrte man damit, daß man die Plenarverhandlungen auf eine halbe Stunde vertage und während dieser Zeit einen ad hoc eingesetzten Ausschuss beraten ließ.

Groß-Lichterfelde.

Auf der Tagesordnung der letzten Gemeindevertretersitzung, der letzten vor den Ferien, standen eine Anzahl Verträge, zunächst einer mit der Gemeinde Steglitz wegen Regulierung der Räte und Anlegung eines gemeinschaftlichen Parks auf den Grenzflächen der beiden Gemeinden. Die Kosten der Regulierung und Unterhaltung der Parkanlage werden mit 85 Proz. von Steglitz, mit 17 Proz. von Groß-Lichterfelde getragen. Ebenso erfolgt die schon längst als dringendes Bedürfnis empfundene Regulierung der Lichterfelder und Potsdamer Chaussee. Die Anlegung einer Uferstraße an der nördlichen Seite des Teltowkanals zwischen Wobesankanal und Siesendorfer Brücke stößt auf Schwierigkeiten bei den Besitzern der in Betracht kommenden Grundstücke, den Havelstädischen Erben. Die Gemeinde verpflichtet sich, von der Ausführung dieser geplanten Uferstraße Abstand zu nehmen, solange die derzeitigen Besitzer leben, wogegen diese die Verlegung von Entwässerungsröhren und Anbringung von Einseitigklappen gestatten. Außerdem werden den Havelstädischen Erben auch noch die Kanalisationsbeiträge geschenkt. Das Anschlagwesen soll auf die Dauer von fünf Jahren verpachtet werden nach Maßgabe der neuen Bedingungen. Danach soll unter anderem der Unternehmer verpflichtet werden, für die Versicherung „seiner Leute“ gegen Krankheit und Unfall Sorge zu tragen und eventuell mit seiner Kautions haften. Notwendiger noch als diese gewiß sehr nützlichen Versicherungen wäre die Forderung auf Zahlung der von den Gewerkschaften festgesetzten Löhne gewesen. Dafür hat man jedoch in der Lichterfelder Gemeindevertretung absolut kein Verständnis, während die Streikklausel doch gewissermaßen das Ehrenbürgerrecht genießt. Ein neuer Doppeltarif der Berliner Vorortelektrizitätswerke, nach welchem eine Ermäßigung des Preises für entnommene elektrische Kraft außerhalb der sogenannten Sperrstunden — in der Zeit, in der die Transparenz der Werke geringer ist — eintreten soll, jedoch nur bei einem Gesamtbetrage von 300 M. ab, wurde genehmigt. In der darauffolgenden nichtöffentlichen Sitzung wurde über die Gehaltserhöhung für die Lehrkräfte an den höheren und Gemeindefachschulen verhandelt. Bis zur endgültigen Regelung der Angelegenheit sollen die Lehrer sofort Monatsgehältern erhalten.

Grünau.

Ein Gartenfest, arrangiert von den beiden Arbeiter-Gesangsvereinen „Sangeslust“ Grünau und „Norddeutsche Schale“ Berlin, findet am Sonntag, den 4. Juli, in dem am Wasser gelegenen „Jägerhaus“ statt. Durch Konzert, Gesang, turnerische Aufführungen, Kinderreigen, Rundfahrten auf dem Longen See ist für Unterhaltung hinreichend gesorgt. Mit Rücksicht auf die günstige Fahrverbindung, ab Görlitzer Bahn oder Stadtbahn, wird auch auf den Besuch der Berliner Arbeiterkassette gerechnet. Außerdem stehen an der Jannowitzbrücke (Schulstraße - Ausfahrt) zu dem ermäßigten Preise von 40 Pf. Dampfper zur Verfügung.

Lichtenberg.

Von der Grundwertsteuer. Die Terraingesellschaft Mittergut Lichtenberg hatte eine größere Parzelle vom Mittergutbesitzer Röder gekauft. Wegen dieser Parzelle wurde die Gesellschaft vom 1. Juli ab neu zur Grundwertsteuer veranlagt. Die Gesellschaft fühlte sich durch die Höhe der Veranlagung bedrückt und machte im Klagewege geltend: Sie hätte wegen dieses Grundstücks nicht neu veranlagt werden dürfen. Das ganze Grundstück, von dem sie einen Teil erworben habe, wäre ja schon für das laufende Steuerjahr veranlagt worden. Diese Veranlagung des Vorbesizers sei maßgebend. In diesem Steuerjahr hätte nur das Verhältnis des erworbenen Teils zum Umfang des ganzen Guts festzustellen und danach der für den Rest des Steuerjahres auf sie entfallende Steueranteil berechnet werden dürfen. Nach dieser Methode wäre die Gesellschaft weit besser weggekommen. Die Gesellschaft stütze sich auf folgende Bestimmung der Grundwertordnung: „Im Falle eines Eigentumswechsels im Laufe des Rechnungsjahres wird die veranlagte Steuer ohne Steueranmeldung für die dem Eigentumswechsel folgenden Vierteljahre von dem neuen Eigentümer erhoben. Neben ihm haftet bis Ablauf des Vierteljahres seit dem Eigentumswechsel der Vorbesitzer.“ — Der Bezirksausschuss wies die Klage ab und erklärte die Bestimmung für ungültig, weil sie im Widerspruch stände mit der Vorschrift des § 60 Absatz 2 des Kommunalabgabengesetzes, wonach bei Veräußerung von Grundvermögen die Steuerpflicht mit dem Ablauf des Monats erlösche, in welchem die Veräußerung erfolgt ist. Es wäre nach dieser Bestimmung ausgeschlossen, über den fixierten Zeitpunkt hinaus den bisherigen Eigentümer für den neuen Eigentümer substituieren zu lassen. Sei die Bestimmung ungültig, so folge daraus, daß der Beklagte (Magistrat) berechtigt gewesen sei, den Grundwert der veräußerten Parzelle neu zu ermitteln und den neuen Besitzer demgemäß zu veranlagern. Aber abgesehen davon, würde die zitierte Vorschrift auf den vorliegenden Fall auch nicht zutreffen. — Das Verwaltungsgericht bestätigte dies Urteil. Gründe wurden nicht verhandelt.

In der Sitzung der Gewerkschaftskommission erstattete der Obmann Bericht von den Sitzungen der Berliner Gewerkschaftskommission beim Reich über die Ergänzungswahl der Richter zum Kammergericht. Der Bericht wurde einstimmig angenommen, wobei die aufgetragene Stimmzählung hätte größer sein können. Einem Antrag der freien Vereinigung der Gast- und Schankwirte, dahingehend, in der Unterkommision vertreten zu sein, konnte nicht entsprochen werden, weil die betreffende Vereinigung der Generalkommission nicht angegliedert ist. Nach Verantwortl. Redakteur: Wilhelm Bülow, Lichtenberg. Für den

kurzer Debatte wurde der Beschluß gefaßt, bei einschlägigen Tagesordnungen einen Delegierten dieser Organisation als Gast an den Kartellfestungen teilnehmen zu lassen. Auch wurde ein Antrag, daß alle zwei Monate eine Sitzung unter Hinzuziehung aller Funktionäre stattzufinden hat, in der instruktive Vorträge gehalten werden sollen, mit der Begründung abgelehnt, daß die Annahme des Antrages in dieser Form die Kräfte des Kartells zu sehr in Anspruch nehmen würde und darunter die praktische Arbeit leiden könnte. Durch die Verschmelzung beider Unterkommisionen zu Anfang dieses Jahres hat sich die Arbeit insofern gesteigert, als jeder von den beiden Orten seine selbständigen Einrichtungen hat und die Wahlen zu diesen Körperschaften zu verschiedenen Zeiten stattfinden. Verschlossen wurde die Anordnung dieser Sitzungen dem Ausschuss zu überlassen. Zum Schluß wurde die in der vorigen Sitzung vertagte Wahl des zweiten Delegierten in den örtlichen Jugendauschuss erledigt. Mit der Aufforderung an die Delegierten, dem Obmann die in den Verbänden gültigen Lohnsätze baldmöglichst zu übermitteln, wurde die Sitzung geschlossen. Nicht vertreten waren die Bureauangestellten und der Ort Wilmersberg.

Zegel.

Am Dienstag, den 6. Juli, beginnen wieder die von Genossinnen geleiteten Jugendspiele während der Ferien; dieselben finden jeden Dienstag und Freitag von 9—8 Uhr nachmittags statt. Sammelpunkt für Zegel Buddestraße, Ecke August-Rüller-Straße, für Dorsdorf Berliner Ecke Dorffstraße um 8 1/2 Uhr vormittags, Kinder des neuen Dorfes auf dem Spielplatz; für Mariendorf: 8 1/2 Uhr vormittags; Chaussee-Ecke Dorffstraße und Chaussee-Ecke Königstraße. Die Spiele dauern von 9—12 Uhr. Die Kinder werden hiernach nach den Treffpunkten zurückgeführt.

Tempelhof, Mariendorf.

Ferienspiele veranstaltet an den kommenden Sonntagen auf dem ehemaligen Preußen-Sportplatz (an der Tempelhofer Brücke) die freie Turnerschaft Tempelhof-Mariendorf. Die Eltern werden gebeten, ihre Kinder recht zahlreich an diesen Veranstaltungen teilnehmen zu lassen. Treffpunkte: für Tempelhof: Kinder des alten Dorfes; Berliner Ecke Dorffstraße um 8 1/2 Uhr vormittags, Kinder des neuen Dorfes auf dem Spielplatz; für Mariendorf: 8 1/2 Uhr vormittags; Chaussee-Ecke Dorffstraße und Chaussee-Ecke Königstraße. Die Spiele dauern von 9—12 Uhr. Die Kinder werden hiernach nach den Treffpunkten zurückgeführt.

Röpenitz.

Ein öffentliches Schachturnen veranstaltet am Sonntag, den 4. Juli, der Turnverein „Eiche“ auf seinem Turnplatz Amtsfeld. Freunden des Turnens sind einige angenehme Stunden sicher.

Steglitz.

Die Gewerkschaftskommission beschäftigte sich in ihrer letzten Sitzung, zu der die Arbeitnehmerbeisitzer des Gewerbegerichts geladen und zum Teil erschienen waren, mit den bevorstehenden Gewerbegerichtswahlen. Die Kandidatenfrage wurde eingehend behandelt und es wurden Vorschläge gemacht, die einer am Mittwoch, den 7. Juli, ausserordentlichen öffentlichen Gewerkschaftsversammlung im Lokal von Schellhase unterbreitet werden sollen. Zur Leitung der gesamten Wahlangelegenheiten wurde eine Kommission gewählt. — Es fehlte unentschuldigt der Vertreter der Maschinisten und Pelzer.

Ober-Schöneweide.

Gemeindevertretersitzung. Die Bewilligung von Mitteln zur Beschaffung von Feuerwehrgeschäften gab den Anlaß zu einer recht lebhaften Debatte über angeblich taktloses Verhalten der Feuerwehr. Herr Direktor Peters vom Rabelwerk Oberspreere rügte die anlässlich eines Brandes erfolgte Jurisdiktion der Berufsfeuerwehr durch die Gemeindefeuer in starken Worten, hob auch weiter hervor, daß es höchst ungewöhnlich sei, wenn entlassene Wehrleute der Fabrik ohne weiteres bei der Gemeindefeuerwehr eingestellt würden. Genosse Grundow vertrat den Standpunkt, daß bei dem Geiste der freiwilligen Wehren die zuerst gerufte Mannschaft nicht verwunderlich erscheine, was aber das Weitere anbetreffe, gehe es die Gemeindefeuer doch wohl wenig an, ob der Aufnahme findende auf dem Rabelwerk entlassen sei. Vom Gemeindevorsteher wurde eingehende Untersuchung zugesagt. Wenn erst einmal diese Art Feuerwehren nicht mehr bei allem möglichen patriotischen Alimibum Staffage bilden, sondern nur ihrer Aufgabe leben werden, ist auf Besserung zu hoffen. — Mitgeteilt wurde, daß in dankenswerter Weise von einigen Lehrern den Kindern Schwimmunterricht erteilt wird. — Der Kreis hat für die Volksbibliothek eine Beihilfe von 100 Mark geleistet. — Für die Herstellung einer Bedürfnisanstalt auf dem neu hergerichteten Markplatz werden 1074 M. bewilligt, desgleichen für Aufstellung eines Hydrantenbrunnens mit Kränvorrichtung auf dem Plage 650 M. Der neue Markplatz wird am Sonntag, den 8. Juli, der Vermung übergeben. — Für die Pfalterung der übernommenen Kreischaussee von der Helmholz- bis Freisenstraße werden 89 000 M. bereitgestellt und die Arbeiten der Firma Spremberg übertragen. — Wegen Einführung der Hochbauordnung für den Ortsteil Ostend soll bei den maßgebenden Instanzen petitioniert werden, nachdem die dortigen Grundbesitzer dargelegt hatten, daß an eine Willen- oder Landhausbebauung auf Grund der Verhältnisse doch nicht zu rechnen sei. — Die Bestände der Gemeindefische sollen hinfür in der neuerrichteten Filiale der Nationalbank für Deutschland im Nachbarort Nieder-Schöneweide angelegt werden. — Das Ortsstatut betreffs der Anschlußleistungen an die Kanalisation wurde infolgedessen einer Änderung unterzogen, als im neuen Ortsteil wesentlich höhere Beträge von den Grundbesitzern zu erstatten sind. — In geheimer Sitzung wurde die Aufnahme einer Anleihe von 145 000 M. beschlossen, welche als erste Rate der für 690 000 M. erworbenen Kaiserlichen Grundstücke gelten sollen. Die Grundstücke liegen auf forstlich-kaltem Gebiet und glaubt die Vertretung durch diesen Besitz eine Eingemeindung weiterer Teile dieses Gebietes erzielen zu können. Unsere Genossen stimmten mit der Minderheit dagegen, indem im jetzigen Stadium der Eingemeindungsverhandlungen wohl nicht mehr an einen Erfolg zu denken ist.

Reinickendorf, West.

Kinderspiele veranstaltet die 1. Männerabteilung des Arbeiterturnvereins vom Sonntag, den 4. Juli an, nachmittags von 3—6 Uhr. Alle Knaben und Mädchen über 8 Jahre sind willkommen. Treffpunkt 3 Uhr in Schillers Eichbornsälen.

Woltersdorf (bei Erkner).

Eine Fuhrgängerbrücke über die Woltersdorfer Schleiße. Der Amtsvorsteher hatte an den Wasserbauinspektur, vertreten durch den Regierungspräsidenten zu Potsdam als den Chef der Verwaltung der Märkischen Wasserstraßen, eine Verfügung gerichtet, er solle an der Schleiße zu Woltersdorf eine Fuhrgängerbrücke über den Wasserlauf errichten. Der Amtsvorsteher ging davon aus, daß der Fuhrgängerverkehr durch das Ausweichen der vorhandenen Brücke, das beim Durchschleusen notwendig ist, erheblich beeinträchtigt wird. Dem soll durch Anlegung einer geeigneten Fuhrgängerbrücke vorgebeugt werden. Auf die Klage des Fiskus hob der Bezirksausschuss die Verfügung auf, und das Verwaltungsgericht bestätigte das Urteil. Die Gerichte nahmen an, daß der Amtsvorsteher in der geübten Weise nicht hätte vorgehen können. In Betracht käme, daß der Wasserlauf an der Woltersdorfer Schleiße vom Staate für die öffentliche Schifffahrt bestimmt sei. Es wäre nun durchaus nicht ausgeschlossen, daß die verlangte Brücke in die Schifffahrt irgendwie eingriffe. Unter den obwaltenden Umständen mußte sich der Amtsvorsteher mit der Schifffahrtspolizei ins Einvernehmen setzen, könnte aber nicht durch eine polizeiliche Verfügung einfach den Fiskus zur Errichtung einer Brücke anhalten.

Schmargendorf.

Die Korsofahrt — eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit. Der Arbeiter-Radfahrerverein „Solidarität“ in Schmargendorf hatte sich vor einiger Zeit an den hiesigen Ortsvorstand gewendet um Genehmigung einer Korsofahrt durch die Straßen des Ortes an-

lässlich seines am kommenden Sonntag in den Räumen des Schützenhauses stattfindenden Sommerfestes. Diese Genehmigung wurde ihm aber versagt unter Hinweis auf § 7 des Reichsbereinsgesetzes ohne nähere Angabe von Gründen. Der Ortsvorstand scheint recht schlecht im Vereinsgesetz orientiert zu sein, denn der § 7 befragt die Genehmigung darf nur versagt werden, wenn aus der Abhaltung des Aufzuges Gefahr für die öffentliche Sicherheit zu befürchten ist. Im Falle der Verweigerung ist dem Veranstalter sofort ein kostenfreier Bescheid mit Angabe der Gründe zu erteilen.

Wenn unsere Patrioten am 27. Januar in geschlossenem Zuge mit Musik durch die Straßen ziehen, wenn sie Feuerwerk abbrennen, dann besteht eine öffentliche Gefahr, wohl wenn Arbeiter eine Korsofahrt veranstalten.

Obwohl der Verein gegen den Bescheid des Ortsvorstandes bereits vor vier Wochen beim Landrat des Kreises Reichwerde eingelegt hat, ist bis heute noch keine Antwort erfolgt. Wir sind gespannt, wie lange der Landrat braucht, um Antwort zu erteilen.

Das Sommerfest findet am Sonntag in dem obengenannten Lokale trotzdem statt.

Röntgenal (bei Zepernid).

Der Arbeitergesangsverein „Frei voran“ bezieht am Sonnabend, den 3. Juli, unter Mitwirkung der Gesangsvereine „Freiheit II“ (Bernau), „Wach auf“ (Brandenburg) und „Sangesfreunde 1905“ (Berlin) sein diesjähriges Stiftungsfest im Lokal „Waldhaus“, Fürstentumstraße. Da der Verein die Interessen unserer Partei fördert, dürfte ihm ein guter Besuch der Parteigenossen und Bekannten zu gönnen sein.

Spandau.

Das Gewerkschaftskartell teilt mit: Wir fordern die Spandauer Arbeiterkassette, soweit sie sich noch im Besitze von Wählern aus der Gewerkschaftsbibliothek befindet, auf dieselben umgehend abzuliefern. Weiter machen wir nochmals darauf aufmerksam, daß die Bibliothek vom 1. Juli bis 1. August wegen Reanusschaffung und Renovierung geschlossen ist.

Vermischtes.

Das Reichslustschiff, das bei Biberach liegt, kann seine Fahrt infolge des herrschenden Windes noch immer nicht fortsetzen.

Kattowik, 1. Juli. Ein Fleischermeister, der vor einem Gewitter unter einem Scheunendache Schutz suchte, wurde dort vom Blitz erschlagen.

Eisenbahnunglück. Eine amtliche Meldung aus Köln besagt: Heute morgen um 8 Uhr fuhr der von Wachen kommende Schnellzug D 31 verumtlich infolge zu schneller Einfahrt an dem Hauptbahnhof Köln auf den hydraulischen Pressbock im Gleis Ob leicht an. Dreizehn Personen haben sich als leicht verletzt gemeldet. Materialschaden und Betriebsstörungen sind nicht entstanden. Die Untersuchung ist eingeleitet.

Neue Erdstöße in Messina.

Messina, 1. Juli. Hier erfolgten heute früh 7 Uhr 30 Minuten zwei heftige Erdstöße, die von starkem unterirdischen Getöse begleitet waren und 8 bis 10 Sekunden anhielten. Viele Mauern sind eingestürzt. In der Bevölkerung herrscht Panik. — Aus Reggio di Calabria wird vom 30. Juni telegraphiert: Heute abend 6 1/2 Uhr wurden hier zwei starke Erdstöße verspürt; die Bevölkerung verließ die Paraden, einige Mauern, die schon vorher Risse zeigten, stürzten ein.

Im Gerichtgefängnis von Wina hat eine Revolte der dort internierten Gefangenen stattgefunden. Mehrere Gefängnisbeamte und Gefangenenaufseher wurden von den Sträflingen ermordet. Einschreitendes Militär stellte die Ruhe wieder her. Hierbei wurden elf Gefangene erschossen und eine große Anzahl verwundet.

Cholera in Rußland. An der Cholera sind seit gestern, wie aus Petersburg gemeldet wird, 94 Personen erkrankt und 29 gestorben. Die Gesamtzahl der Erkrankten beträgt 607. Auch in Archangelsk wurden fünf Cholerafälle festgestellt.

Zentralverband der Handlungsgehilfen und Gehilfeninnen Deutschlands. Bezieht Kitzdorf. Heute abend 8 1/2 Uhr: Sitzung in den Bürgerhäusern, Bergstraße.

Zentralverband der freien Händler, Gaukler usw. Verwaltungsstelle Berlin. Heute abend 8 1/2 Uhr bei Dräsel, Neue Friedrichstraße 35: Versammlung.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße 3, zweiter Hof, dritter Eingang, vier Treppen, ~~an~~ ~~an~~ ~~an~~ wochentags abends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr statt. Geöffnet 7 Uhr. Sonntags beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anrufer ist ein Besuch und eine Zahl als Merkzeichen beizubringen. Briefliche Anträge werden nicht erollt. Bis zur Sommerferien in Briefkasten können 14 Tage versetzt. Kluge Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

G. Müllerstraße. Der Chemann kann dem von seiner Frau unehelich geborenen, von ihm nicht erzogenen Kinde seinen Namen beilegen. Erforderlich ist, daß die Mutter und der Vormund ihre Einwilligung erteilen und daß die drei Erklärungen vor dem Standesbeamten abgegeben oder in gerichtlich oder notariell beglaubigter Form dem Standesbeamten mit dem Antrag überreicht werden, den Namen umzuschreiben. Die Kosten sind unerschöpflich. Vor der Heirat kann solch Antrag nicht gestellt werden. — W. B. 1. Wenn Ihre Frau großjährig ist, so würde sie für die von ihr gemachte Bestellung zu halten haben. Sie selbst haben für die Schuld nicht aufzukommen. — W. B. 18. Der sogenannte Unfallschutz wird von der 5. Klasse an gezahlt. Er wird aber nur dann gezahlt, wenn das Krankengeld weniger als Zweidrittel des bei der Berechnung zu Grunde gelegten, in der Regel also des ordentlichen Tagelohns beträgt. — W. B. 100. Leider ja. — W. B. 100. Einbehaltene Sachen verfallen nicht, werden nicht das Eigentum des Einzelhaltenden. Derselbe würde nur seine Forderung eintragen und dann die einbehaltenen Sachen durch den Gerichtsvollzieher verkaufen lassen können. — G. M. 1863. Da das gegen Sie ergangene Urteil rechtskräftig ist, würden weitere Schritte leider zwecklos sein. — W. B. 21. Unschlüssige Antwort finden Sie in unserer Blatt vom Mittwoch, den 30. Juni, Hauptblatt, unter Gemeinschaftliches. — H. Schil. Lychnenstein. 1. Am 1. Mai 1890. 2. Am vorausgesetzten Tag war preschlicher Aufzug. — W. B. 22. Wir können Ihnen den Beitrag zu dieser Kasse nicht empfehlen. — C. B. 21. Dorf und Mittergut Role, Regierungsbegleit Köllin, Landkreis Stolp in Kommern, Eisenbahnstation Helmshof. — W. M. 30. Das Genüßhafte finden Sie im Berliner Adreßbuch, Band 2, Teil 4 Seite 209. — W. 200. S. Solche Zeitungen finden Sie verzeichnet im Adreßbuch, 2. Band, Teil 4, Seite 240. — W. H. 3. Sparkasse B. Berlin W. 9. Luftstraße 7/8. — W. 50. Die Namensverzeichnis dieser Aktien erhalten wir nicht zu stellen. — W. B. 100. Welche Kinder der Flora die diesen Herrn als Lieblingsblume den Vorzug haben, hat unser Interesse noch nicht erreicht. — 15jähriger Abonnent. Städtische Stützungsdeputation Berlin. Poststraße 16, Zimmer 24—29. — W. 20. Bund für Mutterrecht, Berlin-Wilmersdorf, Rosbacher Straße 6. — Zwei Streitende 27. Wir haben nach dort keinerlei Verbindung, um darüber etwas feststellen zu können. Brieflich können Sie dem Retararbeitsverband näheres erfragen. — W. B. 7. Gegen Einmündung von 85 Pf. sendet Ihnen die Umwandlung Sommers, Lindenstr. 69, solches Buch zu. — Zwei Freundinnen. 1. bis 3. Derartige Mittel zu beizustellen müssen wir ablehnen. Die meisten davon mühen dem Käufer gar nicht, um so mehr aber demjenigen, der dieselben verkauft. — Grief. Leider nein. — Kriefe. Eine Interzessionsklage der Gelehrten würde Erfolg haben, wenn sie ihr Eigentum nachweist. — G. B. 100. Karl 1. Da der Wert hat das Einzelhaltungsrecht! Dies kann er auch bei höherem Ausgeben des Wertes geltend machen. — W. 23. 24. 1. Der Inhalt des mit Ihrem Bruder geschlossenen Vertrages würde infolge Ihrer Bemerkung zum Wert auch für Sie gelten. 2. Ist der Zeit mit Ort und Datum versehen, von Ihrem Vater unterschrieben und von Anfang bis zu Ende von ihm eigenhändig geschrieben, so ist er ein gültiges Testament. — G. M. 27. 1. Leider sind Sie an die Versicherung gebunden. 2. Ja. — W. B. 1. Kriefe. — W. B. 1. Kriefe. 16 L. 2. Ja. 3. Gehalte sind bei der Einlegung nicht anzugeben. Die Gehaltssatz fällt dann an den nach dem Gesetz nächsten Erben. — G. B. 6. Etwa 300 M. werden wohl als angemessen erachtet werden. Ihre Frau hatet nicht. — W. 13/14. Sie brauchen erst zum Septemberabschluss zu räumen, müssen aber die Wohnung räumen. — G. B. 4. 1. Möglich ist Kriefe. 2. Ja. 3. Nein. 4. Nein. — C. B. 32. Vor dem Eintritt in diese Kasse ist zu raten.